

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 2,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achteilhellige Beizeile oder deren Raum 200 Mq., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Mq. Restanten 5 Mq. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 272.

Montag, den 21. November 1921.

28. Jahrgang.

Deutschlands Defizit und die Steuerlast.

Berlin, 20. November.

Ein Vertreter des Finanzministeriums gab gestern vor Pressevertretern eine Uebersicht über die Gesamtlage Deutschlands und die Verhandlungen mit der Reparationskommission. Nach seinen Ausführungen ist eine Milderung der Reparationslasten vorläufig nicht zu erwarten. Die Verpflichtungen müßten also erfüllt werden. Hierzu sind vorhanden 25 Millionen Goldüberschuß aus der Novemberrate, ferner 100 Millionen aus den Sachleistungen, die im Laufe des November beziehungsweise Dezember erledigt sind oder erledigt werden. Die übrigen Beträge sind zu beschaffen. Wörtlich äußerte der Vertreter des Finanzministers:

„Die Sorge, wie die Raten zu decken seien, hat die Reparationskommission nach Berlin geführt, große Sitzungen haben mit der Reparationskommission nicht stattgefunden. Es handelte sich um eine Reihe Einzelbesprechungen, zum Teil mit dem Reichszentraler, zum Teil mit anderen Vertretern der deutschen Staaten. In den Verhandlungen sind eine ganze Reihe von Fragen erörtert worden; u. a.,

wie die nächste Rate vom 15. Januar zu decken sei.

Parallel mit diesen Verhandlungen gingen Besprechungen mit der Industrie wegen Beschaffung eines Kredites, diese Besprechungen haben dazu geführt, daß vom Reichszentraler ein Schreiben an die Reparationskommission gerichtet wurde, in dem in Aussicht gestellt wird, daß jetzt mit den Banken anderer Länder Verhandlungen angeknüpft werden sollen, um einen Kredit für die Bezahlung der nächsten Rate zu beschaffen. Ob die Reparationskommission uns noch eine Antwort auf dieses Schreiben zugehen lassen wird, und wie diese lauten wird, läßt sich aus den bisherigen Verhandlungen nicht erkennen. In dem Schreiben ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß bezüglich der Rückzahlung eines solchen Kredites für Deutschland eine außerordentlich schwierige Lage in Hinblick auf die übrigen Verpflichtungen entstehen würde, und daß man erwarte, daß die Reparationskommission später dieser Lage Rechnung tragen werde. — Nach Presseberichten soll der Präsident der Reparationskommission einem ausländischen Journalisten ein Interview gegeben haben, in dem er unter anderem erklärte, daß die Reparationskommission ein Moratorium ablehne, da

Deutschland keinen ersten Willen zeige

und vermutlich passive Resistenz übe. Mir gegenüber ist eine solche Weigerung nicht erfolgt, und soviel mir bekannt ist, auch einem anderen gegenüber nicht. An die Herren der Presse aller Richtungen richtete ich die Bitte, noch einmal mit Nachdruck zu unterstreichen, was bereits geschrieben ist, und in welcher ungeheure Maße wir die Steuern angepannt haben. Wir haben ein Defizit von 28 Milliarden. Hätten wir die Reparationslasten nicht, so wäre das Defizit schon gedeckt. Das was uns drückt, sind die Lasten aus der Reparationsverpflichtung. Unsere ganze Steuerbehörde hat nicht so funktioniert, wie man es von einer eingearbeiteten Steuerbehörde erwarten hätte. Daran sind die neuen Gelehe schuld. Nach dem Stand von 1921 haben wir 48 Milliarden Steuern vorgezogen.

Von diesen sind bisher 33 Milliarden eingegangen.“
Der ursprünglich aufgestellte Zahlungsplan hat sich dadurch zum Nachteil Deutschlands verschoben.

Die Washingtoner Konferenz.

Amerikanisch-japanischer Gegensatz.

Die anfängliche Zueinstimmung auf der Washingtoner Abklärungskonferenz hat jetzt schon, eine Woche nach Beginn, einem starken pessimismus Platz gemacht. Japan ist das Schmerzenskind geworden; es weigert sich, seine Flotte auf das von Amerika geforderte Maß zu vermindern. Insuperdem will Japan auf gewisse Sonderrechte, die es in China sich zu verschaffen wußte, nicht verzichten.

Der Sturm auf Japan.

Washington, 20. November.

Ueber die gestrige Kommissionssitzung der Washingtoner Konferenz wird ergänzend gemeldet: Admiral Kato feste den Standpunkt der japanischen Regierung zu den chinesischen Vorwürfen auseinander. Nach ihm sprachen für Amerika Kato, für England Balfour, für Frankreich Briand und schließlich der Chinese Dr. Soe. Derletzte führte aus, daß Japan nach der Ausführungen Katos Ausflüchte suche. Es sei bereit, theoretisch die offene Tür, die Integrität und Souveränität Chinas anzuerkennen. Praktisch aber wolle es in der Mongolei und in Sibirien bleiben und verlange die Berücksichtigung des Um-

landes, daß es unmittelbar der Nachbar Chinas sei. — Am Montag vormittag werden die Fragen über die Beratung fortgesetzt. Ueber die Fragen der Seeabrüstung verlaute, daß alle Bemühungen, Hughes zu Abänderungen zu bewegen, bisher ohne Erfolg geblieben sind. Balfour erklärte, dem Newyork Herald zufolge, England wolle auf alle Abänderungsvorschläge verzichten. Die Japaner bestehen nach wie vor auf der Befassung des Ueberdreadnoughts „Mitsushima“ und auf einer größeren Anzahl von Flugmutter Schiffen, als sie Hughes zugestehen will. Hiergegen protestierten die amerikanischen Marinefachverständigen, welche in den Begleitschiffen Schiffe mit offensiven Charakter sehen.

Feste Haltung Japans.

Washington, 21. November.

Die feste Haltung Japans erweckt Mißtrauen und Verstim-mung. Admiral Kato's Erklärung, Japan brauche mehr als 60 Prozent höchst auf alleseitig auf entschlossenen Widerstand. Man meint hier, daß Japan versuchen wolle, die Verhandlungen auf die lange Bank zu schieben. Admiral Kato hat auch verhindert, daß auf die japanischen Journalisten ein Druck ausgeübt wurde, um sie zu bewegen, für die Annahme der Abklärungsvorschläge einzutreten. Es ist klar, daß die Japaner anfangen, ruhiger und ablehnender aufzutreten, nachdem die anfängliche Spannung ihnen weniger gefährlich erscheint. Dagegen wird von amerikanischer Seite unzweifelhaft erklärt, das 60 Prozent das Maximum seien und daß Japan dann bereits bei dem jetzigen Verhältnis mehr habe, als es erwarten konnte.

Um die Integrität Chinas.

Washington, 21. November.

Die Kommission der neun Mitglieder hat sich gestern mit der Frage des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens beschäftigt. Sie sprach sich zu Gunsten des Prinzips der Integrität Chinas und der offenen Tür des ferneren Ostens für alle Nationen aus.

Stinnes in London.

Zusammenkunft mit Lloyd George.

Vor einigen Tagen schon ging die Nachricht durch die Presse, daß Stinnes nach London zu fahren beabsichtige, und daß er eine Unterredung mit Lloyd George herbeizuführen gedenke. Hauptächlich wirtschaftliche Fragen sollten dabei Unterredungsstoff bieten. Nunmehr liegt dazu folgende englische Meldung vor:

London, 21. November.

„Lloyd George ist von hier abgereist, um sich nach seinem Landtag Bournemouth zu begeben. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die erste Aussprache zwischen Lloyd George und Hugo Stinnes dort stattfinden wird.“

Der Reichsverkehrsminister zur Eisenbahnfrage.

SWD. Berlin, 19. November. (Eigener Drahtbericht.)

Der Reichsverkehrsminister Groener nahm am Sonnabend Gelegenheit, vor Pressevertretern seine Auffassung über die Privatfierung der Reichseisenbahnen mitzuteilen. Groener vertrat den Standpunkt, daß die gewaltigen Fehlbeträge der Eisenbahnen zurückgehen einmal auf die den Betriebsapparat belastenden Folgen des Krieges, dann auf das Zurückbleiben des Verkehrs hinter dem Umfang des Verkehrs, für den die Personen- und sachlichen Kräfte bereitgestellt werden müssen, und schließlich auf die heute noch ungenügenden Tarife im Vergleich zur Geldentwertung. Der Reichsverkehrsminister legte im einzelnen klar, wie mit den deutschen Staatsbahnen während des Krieges Raubbau getrieben wurde, und wies darauf hin, wie auch in anderen kriegsführenden Staaten die Bahnen heruntergewirtschaftet sind. Die Beschaffenheit der Bahnanlagen und der Betriebsmittel habe sich ganz wesentlich gebessert, der Arbeitswille des Personals habe sich erfreulich gehoben. Daß die Personalziffer zu hoch sei, könne man nicht behaupten. Ein Arbeitszeitgesetz unter grundsätzlicher Wahrung des Achtstundentages und einer gerechten und wirtschaftlichen Vermendung des Personals sei im Entwurf bereits fertiggestellt, die volle Ausnutzung des Personals sei aber erst dann wieder zu erzielen, wenn sich der Verkehr dem Friedensstand genähert haben werde. Eine Angleichung der Einnahmen an die Ausgaben könne dadurch erreicht werden, daß man in der Tarifpolitik die frühere Zurückhaltung aufgäbe. Heute sind die Gültartarife durchschnittlich um das 13fache des Friedensstandes erhöht. Die neue Steigerung um 50 % erhöhe sie insgesam um das 20fache des Friedensstandes. Es gäbe wenig Waren, vor allem keine, die für die Eisenbahn in Betracht kämen, deren Preis sich nicht im gleichen Maße gesteigert hätte. Die Personentarife sind noch sponender behandelt. Wenn es gelingt, weitere Ausgabesteigerungen zu vermeiden, dürfte der Haushaltsplan für 1922 durchgeführt werden.

Die Eisenbahnfrage.

Von Hugo Heimann.

Die Frage nach der besten Organisationsform der Eisenbahnen in unserer staats- und volkswirtschaftlich schwer bedrohten Lage ist durch den Vorstoß der Industrie in den Mittelpunkt der politischen Kämpfe gerückt worden. Darin liegt eine gewisse Gefahr für die sachgemäße Behandlung der Frage, denn allzu leicht kann über ihrer rein politischen Seite die wirtschaftliche Seite zu kurz kommen.

Welche Methode und welches Urteil dem politischen Teil des Problems angemessen ist, liegt auf der Hand. Die industrielle Forderung stellt in ihrer politischen Form eine dreifache Aufsehnung gegen den Staat als solchen dar. Nicht etwa nur gegen den heutigen republikanischen Staat, den die Herrschaften hassen, sondern gegen den Staat überhaupt. Falls es nicht gelingt, die Forderung der Industrie zurückzuweisen, so bedeutet dies die Abdankung des Staates zugunsten der Wirtschaftsmächte.

Die moderne Staatsform, wie sie seit einigen Jahrhunderten besteht, beruht auf der Hoheit der staatlichen Willensbildung gegenüber dem Einzel- und Gruppenwillen; sie prägt sich am deutlichsten darin aus, daß der Staat alle seine Bürger nach freiem Ermessen zu steuerlichen Leistungen zwingen kann. Die Forderung der Industrie strebt offenbar wieder der mittelalterlichen Abhängigkeit des Staates von mächtigen Einzelpersonen zu: Der Staat ist in Not und wir können erpressen, was wir wollen. Das also sind die vollparteilichen Hüter der staatlichen Ordnung, das die deutsch-nationalen Vertreter des starken Staates, die gar nicht genug über „Nebenregierung“ zu zitiern wußten, als nach dem Rapp-Butsch die Gewerkschaften lediglich zum Schutze der Republik eine Kontrolle der behördlichen Maßregeln forderten! Es ist merkwürdig, wie die Kampffronten vertauscht sind. Niemand kann glauben, daß gerade wir Sozialdemokraten eine besondere Liebe zum Klassensaat hätten: wir ersehnen ja die Ueberwindung seines Klassencharakters durch freiere Formen des Zusammenlebens. Und gerade wir stehen heute schühend vor dem Staate, den jene zugunsten ihrer materiellen Interessen abzubauen trachten. — In bezug auf die Staatspolitik kann also die Parole nur lauten: Hände weg!

Selbstverständlich ist es nichts als der nackte, private Machtwille, der die Herren veranlaßt hat, sich so leichten Herzens über ihre eigene politische Ideologie hinwegzusetzen. Man entsinne sich der jamaikanischen „Verständigungs“-Aktion in Sachen der Kohlensozialisierung vor ungefähr einem Jahr. Damals wollten die Herren durch Angliederung der gesamten Gas- und Elektrizitätsversorgung an die großen Kohlenkongerme dasselbe Ziel erreichen, dem heute die Eisenbahnen dienlich gemacht werden sollen. In unserer heutigen hochgestaltarbeitsteiligen Wirtschaft hat die Herrschaft über das ganze Land derjenige, der seine Hand auf der motorischen Kraft hält. Was aber von der motorischen Kraft, das gilt genau so von den Eisenbahnen. Auch sie sind ein Mittel der Herrschaft — eben dies war einer der Gründe für ihre Verstaatlichung in den sechziger und achtziger Jahren. Eine Privatfierung der Eisenbahn würde also die Auslieferung eines hervorragenden staatlichen Machtmittels an die Industriemagnaten bedeuten, genau wie die Angliederung der kommunalen Gas- und Elektrizitätsversorgung an die Kohlenkongerme. Das eine ist so unerträglich wie das andere. Wir kennen das Lied, wir kennen die Verjasser. Und zwischen der lehrjähigen und der heutigen Weise besteht nur der eine Unterschied, daß es damals immerhin noch für rasant gehalten wurde, den Plan mit der Etikette „Sozialisierung“ zu versehen, während man heute ganz unverblümt die „Privatfierung“ der Reichseisenbahn fordert! Ein trauriges Zeichen für die politische Entwicklung im letzten Jahr!

Der Anschlag wird nach allen bisherigen Rundgebungen nicht gelingen, ja es ist zweifelhaft, ob die Urheber selbst sein Gelingen wünschen. Ob sie nicht vielmehr die unerträgliche Bedingung uns gestellt haben, um einen Vorwand für den Rücktritt von ihrem Dienstangebot zu finden. Damit wäre dann der Bankrott der Erfüllungspolitik erzwungen und die erste außenpolitische Katastrophe da. Falls aber wider Erwarten der Staat auf die Bedingung eingehen und die Eisenbahnen ausliefern sollte, so könnte es den Magnaten schließlich auch recht sein. Jedenfalls kann nur eine starke und geschickte Politik die außenpolitischen Gefahren des industriellen Schachzuges vermeiden und die Widerspenstigen in die Bahn der Erfüllungspolitik zwingen. Hier heißt das Lösungswort für uns: Erfassung der Sachverhalte.

Wenn also aus politischen und wirtschaftlichen Gründen die Forderung der Industrie abgelehnt werden muß, so ist doch damit die Eisenbahnfrage nicht erledigt. Verantwortlich denkende Menschen können sich nicht begnügen, wenn und weil die Gegner sagen: schwarz, einfach zu entgegnen: nein, weiß! Es besteht die Gefahr, daß wir uns im bloßen Widerspruch festrennen, statt selbst die Initiative zu ergreifen. Wir haben gelernt, zwischen Staatsbetrieb und Sozialfierung zu unterscheiden, und steht es auch fest, daß die Bahn unter-

allen Umständen unter öffentlicher Herrschaft bleiben müssen, so ist die gesamte Organisationsform eine Frage der Zweckmäßigkeit, die nicht mit allgemeinen Gründen entschieden werden kann.

Wahrscheinlich werden bei genauerer Prüfung durch sachverständige Stellen manche Vorwürfe gegen die jetzige Leitung der Bahn in sich zusammenfallen. So trifft es z. B. zu, daß die Bahn zwar heute mehrere Hunderttausend Menschen mehr beschäftigt als vor dem Kriege, aber darin steht neben den Auswirkungen des Achtfundentages vor allem die geradezu katastrophale Verheerung des gesamten Materials infolge des Krieges und — was noch wichtiger ist — jeder Blick in den Etat lehrt, daß trotzdem die Erhöhung der Personalausgaben mit der Erhöhung der Gesamtkosten nicht gleichen Schritt gehalten hat. Die den Industriemagnaten zugute kommenden Ausgaben für Kohle, Schienen, Lokomotiven und Wagen sind viel stärker gestiegen als die Personalkosten, so daß die Industrieherrn wohl die letzten sein dürften, in dieser Beziehung Anläge zu erheben. Weit eher dürfte die Frage berechtigt sein, ob ihnen gegenüber nicht hätte erheblich gespart werden können.

Andererseits ist die Tatsache nicht zu verkennen, daß man bisher aus Scheu, den Verkehr zu belasten, mit den Tarifserhöhungen stets hinter der Geldentwertung hergehinkt ist, so daß inzwischen aber wegen des Defizits der Bahn die Inflation und die Teuerung schon wieder weiter fortgeschritten war. Unlösbar verbunden aber mit der Tarifpolitik ist die Frage einer mehr laienmännlichen Organisation in Verbindung mit einer Aenderung der gesamten Statistischer Verhältnisse.

Vorwiegend es in diesem Augenblick ankommt, ist die Feststellung, daß die Herrschaft über die Bahn unbedingt der Allgemeinheit gehört, daß jedoch die notwendigen Aenderungen der Organisation schnellstmöglich vorgenommen werden müssen. Wir wünschen kein privates Eisenbahnmonopol, aber auch keine Defizitwirtschaft, und wir dürfen nicht darauf hereinfallen, wenn die Gegner die Frage so stellen, als gäbe es nur die Wahl zwischen Privatmonopol oder Defizitwirtschaft.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. November, mittags 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

Förderung des Wohnungsbaues.

Dr. Brauns (DVP.) erstattet den Ausschussbericht. Danach beträgt der jährliche Wohnungsbedarf 180 000 Wohnungen, seit dem Kriege sind aber höchstens 40 000 im letzten Jahre nur 100 000 Wohnungen neu gebaut worden. Die dazu notwendigen Mittel sollen von der Reichsregierung durch Belastung der noch immer verhältnismäßig niedrigen Mieten in alten Häusern aufgebracht werden. Eine Anleihe lehnt der Ausschuss ab. Er ersucht aber die Regierung um ein Gesetz für ein Wohnungsprogramm für 1922-23.

Runkel (DVP.) verliest als Vorsitzender des 13. Ausschusses den Ausschussbericht, in dem der Reichstag gebeten wird, den vorliegenden Bericht noch heute zur Kenntnis zu nehmen. Die Parteien waren mit dem Ergebnis einverstanden. Zu einer Stellungnahme wird aber bei Beratung des Gesetzes Gelegenheit sein.

Guthe (DVP.) erklärt namens seiner Fraktion, daß der Ausschussbericht in verschiedenen Richtungen praktisch undurchführbar erscheint. Von Änderungsanträgen lese man ab und lehne nur den Bericht als Ganzes ab.

Gegen diesen Widerspruch wird der Ausschussbericht genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des

Abänderungsgesetzes zur Angestelltenversicherung.

Siebel (SD.) begründet den Entwurf. Vor Einführung der letzten Änderung haben zahlreiche Angehörige infolge der Propaganda der Lebensversicherungs-gesellschaftlichen Privatversicherungen abgeschlossen. Die Parteien haben sich dahin geeinigt, daß solche Lebensversicherungen fortzuwirken sollen, die vor dem 10. Juni beantragt worden sind. Weil aber die Propaganda der Lebensversicherungs-gesellschaften nicht ganz einwandfrei war, konnte die zeitliche Grenze für den Abschluß der Versicherungen nicht weiter ausgedehnt werden. Es wird eine genaue Prüfung nötig sein, ob die Entwürfe tatsächlich vor dem 10. Juni gestellt worden sind. Grundätzlich sollen nur solche Personen betroffen, deren Prämie dem Betrag des Angestellten zur Zwangsversicherung gleichkommt. Es wird also nachgeprüft werden, ob die bisherigen Lebensversicherungen noch hoch genug sind. Für ihre Erhöhung ist dem Versicherten eine Nachversicherungspflicht bis zum 31. Dezember gestellt.

Das Gesetz wird ohne weitere Aussprache in der Ausschussfassung in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses über die

Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose.

Arbeitsminister Dr. Brauns gibt dazu folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung erkennt an, daß auch die Sätze der Erwerbslosenunterstützung bei den fortgesetzten steigenden Preisen erhöht werden müssen. Ich gebe die Versicherung, daß ich alles tun werde, um die Notlage der wirklich unverschuldeten Erwerbslosen, denen die Unterstützung zugesagt ist, mit größtmöglicher Beschleunigung zu mildern.

Der Bericht wird angenommen.

Der Beamtenausschuss schlägt eine Entschleunigung vor, die die Reichsregierung ablehnt. Die Entschleunigung von Beamtenämtern in allen Zweigen der Reichsverwaltung bis zur Beendigung des Reichshaushalts für 1922 zu unterlassen und die freibleibenden planmäßigen Beamtenstellen, unbeschadet der Rechte der außerplanmäßigen Beamten, nach Möglichkeit mit Wartegeldempfängern und Beamten aus den abgetrennten Gebieten zu besetzen. — Die Entschleunigung wird einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Erweiterung des Anwendungsbereiches der Geldstrafe und zur

Einschränkung der kurzen Freiheitsstrafen.

Roenen (R.) bringt darauf einen Antrag auf Haftentlassung der im Justizhaus Lichtenburg bei Litzkau sich im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen ein. In den Grundgesetzen ist die Erregung groß. Demonstrationen werden veranstaltet, um Hilfe für die Hungernden zu fordern. Auch in der Nähe der Hungerburg finden schon Demonstrationen während der Arbeitszeit statt. Seit drei Tagen verhandeln wir mit Minister Reichbrunn, der erst vor wenigen Wochen eine parlamentarische Rede hielt. Von Litzkau soll schon Schupo unterwegs sein. (Lärm links.)

Haller-Franken (SD.) erklärt, daß es sich um einen schließlichen Antrag handelt, der gar nicht zu dem Gesetz gehört. (Zuruf von der Tribüne.) — Der Präsident verwahrt den Kaiser. — Hoffmann (L.): Ihr habt nur Steuern zu zahlen und das Recht zu haben! — Große Unruhe.)

Präsident Lohse: Ich bitte Sie, nicht in die Befugnisse des Präsidenten eingreifen. Wenn die Herren dort oben mitreden dürfen, lassen Sie nicht hier zu sein. (Lebhaftes Zurufen.)

Dr. Rosenfeld (USP.) unterstützt den kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Zustände in den Gefängnissen.

Dr. Levi (R.): Wenn der Hunger schreit, dann müssen die Geschäftsordnungsbestimmungen überwunden werden. (Zuruf rechts: Sie hungern ja freiwillig!)

Justizminister Dr. Radbruch erklärt sich bereit, zu gegebener Zeit über die Zustände in Lichtenburg Auskunft zu geben.

Der Verbindung des kommunistischen Antrages mit der Tagesordnung wird nicht widersprochen.

Dr. Rosenfeld (USP.): Von dem Gesetzesentwurf des sozialdemokratischen Justizministers sind wir schwer enttäuscht. Die Geldstrafen sind so hoch, daß kaum einem Arbeiter die Wohlthat der Umwandlung von Freiheitsstrafen in Geldstrafen zuteil werden wird. Unter Strafvollzug, besonders bei politischen Gefangenen, wird dringend der Reform bedürftig. Am schlimmsten sind die Zustände in Bayern. Der Dichter Toller wurde mit einer Woche Einzelhaft bestraft, weil er eine Verurteilung herausfordern wollte, daß er in keinerlei Beziehungen zum Staatskommissar Weismann steht. In Lichtenburg wären die Frauen und Kinder der politischen Gefangenen schon lange Hungers gestorben, wenn nicht die Arbeitererschaft sich ihrer angenommen hätte.

Roenen (R.): Gegen den Gesetzesentwurf haben wir schwere Bedenken. Gegenüber den Zuständen in den Gefängnissen muß schnelle Abhilfe veranlaßt werden. Im Gefängnis zu Tode werden die Leute solange gepeinigt, bis sie in die Hölle gefahren kommen. Die Zustände in der Anstalt in Halle und Umgebung veranlassen zu Massenfundebungen. Es ist höchste Zeit, die Arbeiter zu beruhigen, wenn nicht mehr unangenehme Folgen entstehen sollen.

Justizminister Dr. Radbruch: Der Abgeordnete Rosenfeld hat gegen den vorliegenden Gesetzesentwurf stark polemisiert. Ich bin stolz darauf, meinen Namen unter diesen Gesetzesentwurf setzen zu können. Leider ist er das Verdienst meines Vorgängers. Der Gesetzesentwurf bringt die Abschaffung der kurzzeitigen Freiheitsstrafen, aber Erweiterung der Geldstrafen nach dem Vorbild des USPs. Gesehn habe ich in meinem Ministerium angeordnet, daß man Vorschläge über die Revision des Strafgesetzbuches macht. Herr Abgeordneter Rosenfeld hat an mich die Frage gerichtet, ob ich in dem Falle Niederhörschönfeld etwas getan habe oder ob ich als Justizminister diese Angelegenheit vergessen habe. Ich habe darauf erklärt, daß dem Reiche das Recht, für Bayern Amnestie zu erlassen, zustünde; daß es aber politisch nicht angängig sei. Der Hungerstreik in Lichtenburg ist eine heroische Tat, die der Verzweiflung entspringt, aber die nur eine Demonstration ist. Angesichts der Tatsache, daß ungezählte Tausende von rechts gegen links von der Justiz nicht geachtet sind, kann man die Verzweiflungsthat der Hungernden wohl verstehen; aber diese Tat ist eine Torheit, und gerade Sie (zu den Kommunisten) müssen es sich zur Aufgabe machen, die Verzweiflung vor diesem Wahnsinn zu bewahren. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, hat der Abgeordnete sich die größte Mühe gegeben, die Verzweiflung vor dieser Tat zu warnen. Jedoch entgegen diesen Bemühungen führt die „Rote Fahne“ eine ganz andere Sprache. Sie nutzt diese Verzweiflungsthat zu weiterer Agitation aus. Jedoch ist der Hungerstreik in Lichtenburg weniger eine Demonstration; denn der Streik wendet sich nicht gegen den Strafvollzug. Gegen wen wendet sich eigentlich die Demonstration? (Zuruf bei den Kommunisten: Gegen Sie! — Lachen rechts.) — Zuruf: Daß die Kappisten frei herumlaufen! Ich werde mich nicht von dieser Demonstration zurückziehen. Ich habe mich aus zuverlässiger Quelle informieren lassen, daß angeblich für die Hungerstreikenden in Lichtenburg keine Lebensgefahr besteht. Sie stehen alle unter ärztlicher Aufsicht. Es ist auch nicht wahr, daß die Schupo gegen die Hungerstreikenden zu Hilfe herangezogen wurde. Der Kommissar des Reichsjustizministeriums ist heute morgen in der Anstalt eingetroffen und wird die Ueberführung aller Kranken in das Lazarett und Krankenheils anordnen, freilich ohne Strafaussetzung. Wir lassen uns auch durch einen Hungerstreik nicht zur Strafaussetzung zwingen. Der Kommissar wird den Gefangenen auch mitteilen, daß, sobald Grundgesetze eingereicht werden, diese schnellstmöglich und wohlwollend geprüft werden sollen. Es handelt sich in Lichtenburg teilweise um schwere Verbrechen. Ein Gefangener hat eine Selbstmordversuche gemacht. Wäre diese Sache nicht rechtzeitig bekannt worden, so hätte der Zug, der vor allem von Bergleuten besetzt wird, entgleisen müssen. Solche Fälle sind natürlich von der Begnadigung ausgeschlossen. Den Umfang der Begnadigungsaktion lassen folgende Zahlen erkennen. Es sind in 768 Fällen Gnadenurteile erteilt, in 559 Fällen sind diese abgelehnt. Alle Gnadenurteile der Sondergerichte werden der Nachprüfung unterzogen. 27 Fälle sind davon mit Gnadenurteil bedacht worden. Ich habe sofort angeordnet, daß die Grundgesetze für die Begnadigung nachmals nachgeprüft werden. Vor der periodischen Nachprüfung im April 1922 werden wir nochmals neue Grundgesetze einreichen lassen. Am 4. August hat der Reichstag eine Amnestie abgelehnt. Sie scheint mir aber auch heute nicht durchgreifend. Solange Sie nicht auf die Kampfmittel der Gewalt verzichten, können Sie von uns nicht verlangen, daß wir die Kampfmittel des Staates preisgeben.

Rosenfeld (USP.): Ich war von dieser Rede geradezu enttäuscht. Der beste Sozialist kann im Bunde mit den bürgerlichen Parteien nichts ausrichten. Das Wort von „heroischer Torheit“ wird dem Minister ewig anhaften. Er ist auf dem besten Wege, ein würdiger Nachfolger des Herrn v. Putschamer zu werden, das zeigt der Beifall der Rechten.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch: Ich habe nicht gesagt, daß die Amnestie in Bayern rechtlich notwendig sei, aber aus politischen Gründen abzuwenden, sondern eine Amnestie ist auch für Bayern zulässig, aber aus politischen Gründen nicht empfehlenswerter. Herr Abgeordneter Rosenfeld will der Verzweiflungsthat nicht etwa ein Ende setzen im Interesse der armen Opfer, sondern er will ihr zum Erfolg verhelfen. Die Sowjetregierung hat bei der letzten Amnestie erklärt, sie wolle ihren bisherigen Feinden die Freiheit wiedergeben, wenn sie ihre Ansprüche gegen die Kaiserregierung einstellten. Das haben die Sowjetrevolutionäre abgelehnt.

Roenen (R.) verlangt eine Entschleunigung der Arbeiterläufe aller sozialistischen Richtungen zwecks Freilassung der politischen Gefangenen. Die Wortführer, die diese Resolution überbracht haben, glaubten vorher noch, von dem Justizminister Radbruch gegen zu können, sie glaubten nicht, daß der Justizminister Radbruch ein zweites Koste sei. Nach Kenntnisnahme der Rede des Herrn Justizministers verzichten sie auf eine Rücksprache. Der Reichsjustizminister ist offen zu den Stimmenden übergegangen. Er hat sich in die Galerie der Blühende der deutschen Macht-haber eingereiht.

Lebedor (USP.) berichtet, daß während der Sitzung Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Arbeiter über die Situation erneut verhandelt haben.

Haller-Franken (SD.): Herr Lebedor hat keinen Grund, uns wegen unserer Koalitionspolitik Vorwürfe zu machen, solange die Unabhängigen sich konsequent weigern, in die Regierung einzutreten. Wir werden den Wählern Redenshaft geben und sie werden uns verstehen, wie sie es in Baden und in Hessen verstanden haben. Herr Dr. Radbruch hat in seinem Titel aus der „Rote Fahne“ vom Staatsgeheimnis gesprochen, nicht vom Staatsgeheimnis des Kapitalismus. Unsere alten Parteimitglieder haben sich genug an ihrer politischen Ueberzeugung willer im Gefängnis gefeiert und sind nicht ausgerissen wie Herr Brandler. Wir haben alle Verständnis für politische Gefangene. In der Ablehnung einer allgemeinen Amnestie sind wir mit dem Minister einig. Die von uns geforderte Nachprüfung aller Fälle ist erfolgt. Zur Entlassung der durch den Hun-

gerstreik krank gewordenen hat der Justizminister kein Recht, es wird aber in dem Sinne auf die Ministerien der betreffenden Länder einwirken. Den Antrag, alle Hungerstreikenden zu entlassen, müssen wir ablehnen, verlangen aber Nachprüfung der einzelnen Fälle, und werden für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stimmen.

Crispian (USP.): Solche Worte sind eine Schande für den Vertreter einer Arbeiterpartei. Der Reichsjustizminister ist ein Beweis für den vollkommenen Bankrott der rechtssozialistischen Koalitionspolitik. Wir unterstützen die Regierung nicht, sondern prüfen jede einzelne Handlung.

Der kommunistische Antrag auf Freilassung der Hungerstreikenden wird abgelehnt. Der Antrag, zur Prüfung der Zustände in den Gefängnissen einen politischen Ausschuss einzusetzen wird angenommen. — Das Gesetz über die Freiheitsstrafen geht an den Rechtsausschuß.

Landungsverbot für russische Schiffe.

Es folgt die kommunistische Interpellation über das Verbot des Landens russischer Schiffe in Deutschland.

Pletliner (R.) begründet die Interpellation. Einem russischen Lazarettsschiff ist die Landung im Stettiner Freihafen untersagt worden. Es dürfte nur unter polizeilicher Bewachung in Industriehäfen anker, außerdem wurde es polizeilich untersucht. In Hamburg mußte ein russisches Handelsschiff auf Anordnung der Hamburger Hafenpolizei in dem sogenannten „Friedhof“ anker, wo nur Wracks liegen. Da die Waren nicht verladen werden konnten, hat die russische Regierung Schaden erlitten, den nun von Deutschland ersetzt werden muß. Diese Ausnahmehandlung russischer Schiffe verstößt gegen das deutsch-russische Abkommen.

Reichsminister des Innern Dr. Köster: Für die grenzpolizeiliche Beirachtung müssen wir zwei Gesichtspunkte beachten. Wir müssen alle wirtschaftlichen Beziehungen ohne jede Sentimentalität betrachten. Unsere Wirtschaftsbeziehungen haben sich lediglich nach den Wirtschaftsinteressen zu richten. Ebenso wichtig ist ein zweiter Gesichtspunkt. Wir haben am 6. Mai mit der Sowjetrepublik ein Abkommen getroffen. Der innere Aufbau dieser Republik hat uns daran nicht gehindert. Weder billigen noch mißbilligen wir ihre Maximen. Auch die deutsche Regierung hat jede Interventionspolitik abgelehnt. Aber gerade darum müssen wir erwarten, daß die russische Sowjetrepublik uns gegenüber ebenfalls eine klare Haltung einnimmt. Nur dann wird der deutsch-russische Wirtschaftsverkehr jene Entwicklung nehmen, die das deutsche und russische Volk erhoffen. Die Sowjetregierung hat dafür ein sehr feines Gefühl. Der deutsch-russische Seehandel ist erst im Entstehen begriffen. Die ersten Versuche mit dem staatlichen Handelsverkehr müssen natürlich zunächst Reibungen ergeben, aber diese Reibungen werden sich auf ein Minimum reduzieren lassen. Die Sowjetregierung nimmt für alle ihre Schiffe das Verbot der Exterritorialität in Anspruch. Die Frage, ob Staatsschiffahrt exterritorial zu behandeln sind, ist aber nach dem Völkerrecht heute nicht gelöst. Das Staatsschiffahrt ist ein vollkommenes Nonum. Wir sind bereit, die russischen Schiffe ebenso zu behandeln, wie die jeder anderen Nation, sobald die Art und Weise der Warentransporte deutscher Kriegsgefangener und Zivilinteressen in Russland die deutsche Regierung von der Pflicht entbindet, diese Transporte in die Quarantäne und Kontrolle anders zu behandeln, und wenn die feste Gewisheit vorliegt, daß diese Schiffe und ihre Besatzungen lediglich Handel treiben. Bis jetzt macht es eine Reihe von Verdachtsmomenten noch immer schwer, an die Möglichkeit eines reinen Handelsverkehrs zu glauben. Die beiden Schiffe hatten weit stärkere Besatzungen, als nach ihrer Größe notwendig war. Der Dampfer „Transalt“ hatte zum Beispiel Druckpressen an Bord. Mitglieder der Schiffsbesatzung haben sich in Hamburg widerrechtlich von Bord entfernt und sind später als kommunistische Agitatoren aufgetaucht. Da kann man uns ein gewisses Mißtrauen gegen diese Schiffe nicht verdenken, noch dazu, wenn wir wissen, daß gewisse Mitglieder der Sowjetrepublik sich in den Besitz zahlreicher deutscher Wäse gebracht haben. (Hört, hört!) Wir sind gewiß nicht neidisch, aber wir werden auf unserm Vertrauen und auf unserer Freiheit nicht herumtrampeln lassen. Die Behandlung der deutschen Seeleute in Russland ist noch viel strenger. Die Schiffe werden genau durchsucht und kontrolliert, und in Petersburg muß das Schiff an einer bestimmten abgesperrten Anlegebrücke festmachen, was jedes unbemerkte Entkommen unmöglich macht. Geht ein Mann an Land, muß er verschiedene Kontrollen passieren. Von jeder Person wird ein Personalausweis verlangt. Die Verpflichtung, für die Volksgesundheit in Deutschland und in Europa zu sorgen, zwingt uns zu dem Verhalten, daß die Vorschriften, denen unsere eigenen Seeleute nachkommen müssen, auch von den Fremden beobachtet werden. Eine Kräftigung unserer Beziehungen zu Russland würde ich begrüßen; je mehr sie sich kräftigen, desto seltener werden Zwischenfälle vorkommen.

Auf Antrag Lebedor wird die Besprechung der Interpellation beendigt.

Siecken (SD.): Das Recht, in Deutschland abzumustern, bestreiten wir den russischen Seeleuten nicht; aber eine so übermäßig starke Belassung legt den Verdacht nahe, daß es auf politische Maßnahmen abgesehen war. Wir bedauern, daß die Verpflichtung noch besteht, aber sie muß beobachtet werden, wenn mir nicht alle solche Personen, die wir sonst zurückgewiesen hätten, zu Schiff hereinbekommen wollen. Von einer Ausnahmehandlung der Russen kann man nicht sprechen. Von amtlicher Stelle wird verhaftet, russische Weiskardisten, die nicht heim wollen, auf den deutschen Arbeitsmarkt loszulassen, aber bei unserer drückenden Arbeitslosigkeit muß damit energisch aufgeräumt werden. Die Beziehungen zu Russland müssen wir pflegen; denn unsere wirtschaftliche Zukunft liegt in Osten. Die Weiskardisten, die sich in Deutschland befinden und die nicht wieder in ihre Heimat zurück wollen, sollen auf den Moor- und Oedländerarbeiten arbeiten, damit sie, wenn wir sie doch ernähren müssen, unserm Lande einigen Nutzen bringen.

Nach weiteren Ausführungen von Schimmelpfennig (DVP.), Horn (USP.) und Marwast (DVP.) polemisiert Bark (Komm.) gegen die Volkswirtschaftslehre, die in den Ausführungen der Vorredner zutage getreten sei.

Das Haus vertagte sich. Eingegangen ist eine Interpellation der Demokraten zur Finanznot der Gemeinden.

Der Präsident wird ermächtigt, die nächste Sitzung in der Zeit vom 4. bis 13. Dezember einzuberufen und die Tagesordnung festzusetzen.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Ein Held.

Hamburg, 18. November.

Ein deutschnationaler Held, ein Korpsstudent, der an der Hamburger Universität bei der Rektoratsübergabe die schwarz-rot-goldene Fahne heruntergeholt und beschimpft hat, gab dem Präsidenten der Hamburger Hochschule gegenüber eine Erklärung ab, die deswegen bemerkenswert ist, weil sie den Heldengeist deutschnationaler Jünglinge offenbart. In dieser Erklärung heißt es:

„Als ich zur Universität kam und die schwarz-rot-goldene Fahne sah, bestiel mich eine solche Erregung, daß ich beschloß, sie unter allen Umständen herunterzuholen. Nachdem ich die Tat begangen hatte und vernommen worden war, wurde mir sofort klar, daß ich sehr unbesonnen gehandelt, den Frieden der Universität gefährdet habe und die Tat einen Anlaß zu politischen Sämereien

littet geben würde. Ich bedaure aufrichtig, diese meine unbehagliche Tat, die ich nicht unternehmen hätte, wenn ich mir der tatsächlichen Folgen bewusst gewesen wäre. Ich verspreche jetzt, daß ich mich nicht mehr zu solch unüberlegten Handlungen hinreißen lassen werde und erkläre, daß ich den entstandenen Sachschaden ersetzen will. Euer Hochwohlgeboren bin ich ergebene, diese meine Erklärung entgegenzunehmen und mit Rücksicht auf meine Unwissenheit und meine Jugend von einem Strafantrag gütigst absehen zu wollen."

Diese jämmerliche Erklärung wird dem Fahnenhändler nicht viel helfen, denn von der Universität wird das Disziplinärverfahren gegen ihn durchgeführt werden und er hat mit einer empfindlichen Strafe zu rechnen.

Auflösung der Hundertschaft z. b. W.

Berlin, 18. November.

Auf Anordnung des Berliner Polizeipräsidenten ist die in Berlin stationierte Hundertschaft z. b. W. (zur besonderen Verwendung) am Freitag aufgelöst worden. Bekanntlich wurde diese Hundertschaft der verschiedensten Vergehen beschuldigt. Die Auflösung erfolgte auf Grund des Ergebnisses, das die letzte Verhandlung gegen Hauptmann wegen Mißhandlung zugunsten förderte, und das die trübenden Verhältnisse innerhalb der genannten Hundertschaft kennzeichnete. Die Polizeibeamten, soweit sie sich zum Polizeidienst überhaupt noch eignen, an anderer Stelle innerhalb der Schupo Verwendung finden.

Die Anordnung des Polizeipräsidenten erfolgte auf Veranlassung des preussischen Ministers des Inneren. Es zeigen sich also schon die Wirkungen, die die Wenderung in der Besetzung des Innenministeriums hervorgerufen hat. Mit der Auflösung der Hundertschaft ist ein Brandherd verschwunden, der monatelang eine Gefahr für die Republik und für die persönliche Sicherheit von Arbeiterführern bildete.

Freispruch im Reigenprozeß.

Berlin, 18. November.

Der „Reigen“-Prozeß, der vor der 6. Strafkammer des Berliner Landgerichts III seit einigen Tagen geführt wurde, ist am Freitag beendet worden. Das Urteil brachte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Damit hat eine jämmerliche und beschämende Angelegenheit einen erfreulichen Abschluß erhalten, und wenn der Staat die recht erheblichen Kosten tragen muß, so darf er sich sagen, daß er dafür zur Aufklärung und Aufrüttelung weiter Bevölkerungsschichten kräftig beigetragen hat. Unfreiwillig allerdings, denn der Anwalt des Staates befandete durch die Wahl seiner Zeugen und Sachverständigen und durch den Antrag, eine Künstlerin die Herrin des Hofes auf vier Monate ins Gefängnis zu sperren, welcher Geist noch immer unsere „Obrigkeit“ beherrscht und welche Absichten sie mit dieser verachteten Aktion verfolgte. Wer die Aussagen der staatsanwaltlichen Hilfskrippen hörte oder las, der glaubte sich nicht in die wilhelminische Ära, sondern ins finstere Mittelalter versetzt. Wenn eine Zeugin dagegen protestierte, daß die vom Gericht angeordnete Probeaufführung des „Reigen“ an einem Sonntagvormittag stattfände, wenn eine andere erklärte, das Stück sei ungünstig, weil es den Geschlechtsverkehr auf „sinnliche Motive“ zurückführe, so mag man über solche naiven Albernheiten lachen, wenn man aber vernahm, welche ungeheuren Ansichten über Kunst und Moral ein umfangreiches Aufgebot von Männern und Frauen zutage förderte, und wenn man jetzt hört, daß diese Leute von einem Beamten des Berliner Polizeipräsidenten mit offiziellen Dienstkarten versehen zu dem Zweck in die „Reigen“-Aufführung geschickt waren, um hier den vorgeschriebenen sittlichen Anstoß zu nehmen — dann vergeht einem das Lachen und es erhebt sich die ernste Frage: Was wird jetzt geschehen, um eine Wiederholung derartiger skandalöser Vorgänge unmöglich zu machen, die den Freispruch Preußen vor ganz Europa blamieren? Wie lange wird dieser Herr Brunner noch als amtlicher Berater des Berliner Polizeipräsidenten sein Wesen treiben dürfen und wann werden aus dem deutschen Stageschub jene Bestimmungen verschwinden, die eine dauernde Bedrohung der deutschen Kunst und der deutschen Künstler bedeuten? Der „Reigen“-Prozeß hat alle freien Geister in Deutschland aufgerüttelt. Hoffen wir, daß die durch ihn erregte Bewegung nicht eher verweht, als bis die praktischen Forderungen durchgeführt sind, auf deren Erfüllung ein Kulturvolk des 20. Jahrhunderts Anspruch hat!

Radbruchs Begnadigungsplan.

Berlin, 19. November.

Der neue Reichsjustizminister, Genosse Radbruch, hat sich über seine Absichten u. a. dahin ausgesprochen: einen sehr strengen Raum in meiner Tätigkeit nimmt die große Begnadigungsaktion ein, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Zuchthaus lautende Urteile der Sondergerichte werden nachgeprüft, ohne daß ein besonderes Gnadenrecht vorliegt. Ferner alle anderen Urteile, soweit Gnadensuche eingereicht sind. Grundsätzlich werden alle Personen begnadigt, die als Mitläufer des Aufstandes anzusehen sind. Die Prüfung soll periodisch wiederholt werden, erstmalig am 1. April 1922.

Was kostet uns die große Koalition?

Von Hermann Wendel.

Mit der großen Koalition in Preußen befaßt sich der Genosse Hermann Wendel in dem neuesten Heft der Wochenchrift „Die Glocke“. Wendel untersucht zunächst die Rede, mit der der Ministerpräsident, der Genosse Otto Braun, das Koalitionsministerium vorstellte. Er sagt: „Otto Braun gab am Donnerstag und Freitag voriger Woche nicht seine Ansichten und Absichten zum besten, sondern, was er kredenzte, war der vom Gesamtkabinetts zusammengeschraubte Willkürmenstrahl; man schmückte die volksparteiliche Limonade heraus. Sein wahres, sein sozialistisches Programm hat er vor etlichen Wochen kundgetan, als er kurz nach Erbergers Fällung in einer Berliner Volksversammlung kategorisch erklärte: Die Mitglieder der Nordparteien müssen jetzt aus

den einflussreichen Stellen verschwinden. Es muß ein großes Reinemachen vorgehen.“ Da die preussische Landtagsfraktion selbstverständlich nur zur Durchführung dieses Programms in das Kabinetts eingetreten ist und die Genossen Braun und Severing Männer von nicht zu bezweifelnder, nicht zu unterschätzender Integrität sind, wird sich sehr demnächst endlich einmal das letzte „Königstuch“ auf Behördenhildern und Klempein ebenso verächtlichen wie die Kaiserbilder und -büsten aus den Amtsstuben; kein noch so hinterzimmerliches Dienstgebäude wird künftig anders als schwarz-rot-gold flaggen, und den monarchisch gesinnten, die Republik sabotierenden Bürokraten läuft schon jetzt ein kalter Schauer den Rücken herunter; das von Braun angekündigte, das große Reinemachen hat an!

Das ist nicht etwa boshafte Ironie, sondern biederster Ernst, denn daß dieses Wenige und Selbstverständliche ehestens geschieht, ist das Allermindeste, was jeder um die Zukunft der Staatsform besorgte Republikaner von dem Preussenkabinetts Braun erwarten muß. Geschöbe solches nicht, so wäre nicht einmal das Fül und Wider des preussischen Experiments zu prüfen, und erst wenn die Hoffnungen der sechsundvierzig Fraktionsmitglieder, die mit einem Geispaan aus dem „Stall Strefmann“ demokratische Furchen in den preussischen Acker zu ziehen hoffen, sich rund und nett erfüllt haben, kann abgewogen werden, ob für das Erreichte nicht zu hoher Preis gezahlt wurde.

Im weiteren Verlauf seiner Kritik kommt dann Wendel im besonderen auf den Kultusminister Dr. Boelck, dieses schändliche Exemplar der Deutschen Volkspartei, zu sprechen. Vor einem halben Jahr fragte die Genossin Dr. Wegscheider in der preussischen Landtagsversammlung unter Erwähnung der 1920 erschienenen Neuausgabe des Lesebuchs für die Rheinprovinz an, wann dem Unfug der Verwendung solcher schändlichen und irreführenden Lehrbücher ein Ende gemacht werde, und erhielt vom Regierungsrat die Kläffische, des alten Regimes würdige Antwort, daß es sich nicht um eine Neuausgabe, sondern lediglich um einen Neudruck handle. Wie dieses Lesebuch den Schülern vom Kaiser und König, vom Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, von der Kaiserstadt Berlin und dem Kriegshafen Kiel vorzuschauen, so kennt die 1920 erschienene Ausgabe der „Erdkunde für höhere Schulen“ von Professor Heinz noch ein Kaiserreich Deutschland, ein Königreich Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, ein Reichsland Elsaß-Lothringen und den ganzen Rest; genau so steht in „Siedlich“ Geographie, Ausgabe E für Lyzeen — Erscheinungsjahr 1921! —, Wilhelm II. glorreich an der Spitze des Deutschen Reiches, und das „Deutsche Lesebuch für Lyzeen und höhere Mädchenschulen“ von Kriegerberg — ebenfalls Ausgabe von 1921! — quillt von allerhand führenden Hohenzollernnamen über. Nicht einmal unter Haenisch gelang es, die planmäßige und bewußte dynastische Verblödung der Kinderhirne durch offizielle Verwendung dieser Bücher zu hindern. Und jetzt ist, mit Zustimmung der Sozialdemokratie, ein albanischer Professor am Platz des Unterrichtsministers, der gegen die Republik wie oft seinen Geißel, Tag und Nacht Hohenzollernnamen schälerte und den Potsdamer Stöckchengeist durch alle Poren schickte; der Genius der Republik verhielt schauernd sein Haupt bei der Vorstellung, daß die preussische Schuljugend einem Baselbieter und Hurrafriseur dieses Schlages ausgeliefert ist, selbst Demokraten und Zentrumsanhänger sehen in diesem Mann an diesem Posten einen unerhörten Skandal, und für uns wirft sich die Frage auf, ob selbst das im besten, im unwahrscheinlichen Fall durch die Koalition Erreichbare nicht mit diesem Preis schon überbezahlt ist.

Das schwere Mißtrauen, mit dem der Genosse Wendel dem neuen preussischen Kabinetts gegenübersteht, läßt sich wohl verstehen. Umso bemerkenswerter aber ist es, wenn Wendel seinen Artikel wie folgt schließt: „Den Sechszwanzig bleibt die Verantwortung für diese Politik zu tragen, aber nachdem ausgesprochen wurde, was ausgesprochen werden mußte, darf niemand daran, ihnen die Retorte aus der Hand zu schlagen, mit der sie experimentieren; schon um einer Wiederholung solcher Experimente vorzubeugen, darf ihnen nicht der billige Vorwand geliefert werden, daß das ihre Mißlingen sei, weil man sie nicht ruhig habe arbeiten lassen.“

Münchener Justiz.

München, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Im Geschäftsordnungsausschuß des Landtages wurde heute ein Erlaß der Staatsanwaltschaft München um Genehmigung der Strafverfolgung des Genossen Auer beraten wegen der bekannten Angelegenheit der nächtlichen Aufhaltung eines Zeitungsautos des „Miesbacher Anzeigers“. Die Genehmigung der Strafverfolgung wurde während der Dauer der Landtagsverhandlungen abgelehnt. Im übrigen muß es äußerst befremden, daß die bayerische Staatsanwaltschaft gegen den Genossen Auer vorzugehen beabsichtigt, obwohl seinerzeit die Aufhaltung des Miesbacher Zeitungsautos im Einverständnis mit den Führern der Koalitionsparteien erfolgte, mit dem Zweck, Drucksachen, welche einen Staatsumsturz in Bayern vorbereiten sollten, abzuliegen. Zum mindesten muß es befremden, daß bis zu diesem Augenblicke der zweite Vorsitzende der bayerischen Einwohnerwehr, Herr Kandler, wegen seiner bekannten Aufforderung zum Mord immer noch nicht vor die Gerichte gezogen ist, und unser Genosse Auer wegen einer Tat, die die Anerkennung weiser Kreise gefunden hat, vor die Gerichte zitiert werden soll.

Deutschlands Ausverkauf — Marktluz und Münzreform.

Ueber diese Probleme und deren Zusammenhang gibt Parvus in dem eben erschienenen Heft 34 der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Glocke“ bemerkenswerte Aufschlüsse: „Unsere Staatseinnahmen leiden vor allem unter folgenden zwei Momenten: erstens, weil unsere Industrie noch nicht den Entwicklungsstand der Vorkriegszeit wieder erreicht hat; zweitens, weil die Erträge dieser Industrie unter der Geldentwertung leiden bezw. nach dem Auslande verschleudert werden.“

Die Berechnung in Papiermark, die längst eine Fiktion ist, täuscht über den wirklichen Sachverhalt. Man braucht bloß den Goldwert zu berechnen und man bekommt ein ganz anderes Bild. Ich stelle im folgenden für einige wichtigere Waren die deutschen Großhandelspreise vom September 1921 zusammen und vergleiche sie mit den Preisen von 1913, wobei ich jedoch beide Male die Mark in Dollars umrechne:

	Schnitt Sept. 1921	Durchschnitt 1913
Gießerzinsen per Tonne	15,9 Dollars	21,2 Dollars
Steinkohle, oberstfl. p. Tonne	4,0 Dollars	6,15
Weizen per Tonne	41,7 Dollars	49,5 Dollars

Wir verkaufen also zu Preisen, die niedriger sind als in der Vorkriegszeit und da zugleich unsere Produktion bedeutend geringer ist als damals, das Wunder, daß unsere Volkswirtschaft und unsere Staatseinnahmen auf ein niedrigeres Niveau heruntergedrückt sind!

Wir kommen aus der Sackgasse nicht heraus, solange die Möglichkeit besteht, unsere Mark nach Belieben zu drücken. Ich habe deshalb vorgeschlagen, daß man vor allem durch Wenderung des Münzsystems dem stattgehabten Entwertungsprozeß Rechnung tragen soll. Der Zustand, wie er jetzt besteht, daß die Reichsbank jedes Goldstück zum höchsten Tageskurs einkauft, währenddem sie ihren eigenen Goldvorrat nur mit dem nominalen Wert der Mark berechnet, ist ein Mißstand. Ich habe vorgeschlagen, daß durch entsprechende Wenderung des Münzgesetzes diesem irrationellen Zustand ein Ende gesetzt wird, und daß für das 8-Gramm-Goldstück, das die Grundlage der deutschen Währung darstellt, ein dem gelinkenen Markkurs entsprechender Wert festgelegt wird. Damit wäre eine neue Geldberechnungsbasis gewonnen, die den Prozeß der Umstellung der Preise gleichmäßiger gestalten und verallgemeinern würde, und andererseits würde die Reichsbank eher in den Stand gesetzt werden, regelnd in den Banknotenverkehr einzugreifen. Das letztere läßt sich leicht nachrechnen. Die Reichsbank hat gegenwärtig einen Notenumlauf von rund 90 Milliarden Mark und eine Golddeckung von rund einer Milliarde Goldmark. Die Deckung beträgt etwas über 1 Prozent. Das ist aber falsch, denn der Wert der Goldmark ist ein viel höhere. Rechnen wir beide Summen in Dollars um, so erhalten wir, nach dem heutigen Dollarkurs, einen Notenumlauf von 360 Millionen Dollar und eine Golddeckung von 250 Millionen Dollar, also 69 Prozent.

Statt den Weg der Münzreform zu beschreiten, hielt man an der Illusion fest, daß die 400 000 Kilogramm Gold, die man in den Kellern der Reichsbank aufbewahrt, bloß eine Milliarde wert sind, und gab, ohne rechnerische Deckung, neue Banknoten heraus. Seit Ende Mai hat man für rund 20 Milliarden neue Banknoten in Umlauf gesetzt und den Banknotenverkehr auf diese Weise um mehr als 25 Prozent gesteigert. Auch das bewirkte selbstverständlich ein Sinken des Markkurses.

Es ist eine internationale Regelung des Markkurses notwendig, deren Ausgangspunkt die neue Bestimmung des Goldwertes und eine entsprechende Wenderung der Münzgesetze sein wird.

Eine Münzreform in Deutschland würde diese internationale Regelung nicht hindern, vielmehr fördern. Sie würde auch zur unmittelbaren Folge eine größere Stabilisierung des Markkurses haben.

Volkswirtschaft.

Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.

Die schon seit Wochen im Großhandel beobachtete sprunghafte Steigerung der Preise zeigt sich, wie schon aus den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes hervorgeht, nunmehr auch im Kleinhandel deutlich aus. Die von R. Calmer auf Grund der Berichte von rund 200 deutschen Plätzen berechnete Indexziffer, die den Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, pro Woche in Mark angibt, zeigt in den Monaten Mai bis Oktober folgende Bewegung:

Mai	352,11	August	395,94
Juni	351,55	September	399,59
Juli	354,04	Oktober	418,12

Im Oktober 1920 berechnet sich die Indexziffer auf 332,29 Mk. und im Juli 1914 auf 21,75 Mk. Mitin ist seit der Vorkriegszeit eine Steigerung der Kosten des Nahrungsmittelaufwandes auf das Siebzehnfache eingetreten. Im Berichtsmonat entfällt der größte Anteil der Steigerung auf die Preise für Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Fette und Fleisch.

Devisen-Kurse.

Berlin, 21. November.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	19. Nov.	18. Nov.
Amsterdam	100 fl.	9215,15
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1968,04
Kristiania	100 Kr.	3908,—
Kopenhagen	100 Kr.	5064,90
Stockholm	100 Kr.	6408,65
Helsingfors	100 finn. Mk.	559,40
Rom	100 Lire	1156,80
London	1 £	1118,65
New York	1 Doll.	277,72
Paris	100 Frs.	2008,92
Zürich	100 Frs.	5244,75
Madrid	100 Pesetas	4886,15
Wien	100 K.	9,78
Budapest	100 K.	20,52
Prag	100 K.	295,70

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Schiffname	Kapitän	Herkunftsort	Fahrzeit
Angekommen am 19. November.				
D.	Wesfalia	Reeder	Widdelstorf	1
D.	Kanal II	Berlin	Gothenburg	1 1/2
Angekommen am 20. November.				
D.	Wibben	Reise	Tranglund	4
D.	Christian	Reise	Wien	5
D.	Solus	Hallborg	Stockholm	5
D.	Krensfelde	Sagberg	Tranglund	4
E.	Burgfelde	Weger	Tranglund	4
E.	Seems	Köfer	Malmö	2
E.	Soanen	Steinfeld	Göteborg	4
E.	Floranz	Maackon	Sonderburg	1
D.	Mobil	Erzemits	Heiligenhafen	5
D.	Therens	Barghufen	Kopenhagen	1 1/2
Angekommen am 21. November.				
D.	Waindla	Enelainen	Sonderburg	1
D.	Doia	Mungenberg	Saarsburg	2
E.	Frieda	Gips	Seltangborg	2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisinn Lübeck und Heiligenhafen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg, Berleger; Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Parsil



das selbsttätige Waschmittel
von unerreichter Wasch- und Bleichkraft.
Macht die Wäsche frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.
Wäscht mühelos, schnell und billig!

Alleinige Fabrikanten: **HENKEL & CIE., DÜSSELDORF,**
auch der „Henke“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Preis das Paket Mk. 7,- (der vorgestern irrtümlich gebrachte Preis von Mk. 4 ist ungültig.)

Schmerz am ganzen Leibemitt
Flechten
be-
halten, welche
mich durch das ewige
Judenlügen u. Macht peinigten
In 14 Tagen hat Zucker's
Patent-Medizinale-Seife das
Uebel beseitigt. Diese Seife
ist Hunderte wert. Serg. W.
Dazu Zucker-Creme (nicht
fettend u. fetthaltig). In allen
Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich.

Zelle!
Sanit., Damen-, Kind-,
Säugling-, Baby-, Schu-
felle usw. Zude, Mar-
der, Jaffe usw. Be-
weirte Pferdehaare, Kuh-
schweifhaare usw.
Lauft zu höchsten
Tagespreisen

Isaac Frankenthal, Lübeck,
Beckergrube 53. Fernruf 8041.
Bitte genau die Adresse zu beachten. (9307)

**Praktische und billige
Weihnachts-Geschenke.**
Anfertigung v. warmen Kinderhändchen
und Hausschuhen aus Stoffresten. (9312)
Puppen werden geschmackvoll und billig
angezogen. Auf v. Muffen u. Peizmähnen.
Steinraderweg 26a. pl. rechts.

**Die Abtreibung
der Leibesfrucht**
von Univ.-Professoren
L. Szejda u. G. Reschke
Wichtig
für Eheleute, Aerzte
und Hebammen!
Preis M. 2,-

Zu beziehen durch die
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Lüb. Sinfonie- u. Theater-Orchester
Mittwoch, den 23. Novbr., abends 7.30 Uhr.

8. Volkskonzert
im Gewerkschaftshaus. (9308)

Leitung: Herr Kommerzienrat Millies.
Solist: Herr Lorenz (Fföte).
Eintritt 3.50 Mk., einh. 2.00 Mk.
Spendenk. in den bekannten Wartenstellen.

Von der Reichsmonopolverwaltung
für **Branntwein** ist mir der

Vertrieb von Monopolverzeugnissen

für die Provinz **Schleswig-Holstein** übertragen worden.
Zur Ausgabe gelangen zunächst:

Aquavit 40 Vol. Prozent stark, der laut Aufschrift auf der Flasche mit	34⁰⁰
Aquavit 35 Vol. Prozent stark, der laut Aufschrift auf der Flasche mit	31⁰⁰
Schleswig-Holsteiner Kümmel 80 Vol. Prozent stark, der laut Aufschrift auf der Flasche mit	28⁰⁰

je Flasche, einschließlich Flasche von 1/2 Liter an die Verbraucher verkauft wird. Die vorstehenden Preise verstehen sich bei Abgabe in Flaschen, für den glasweisen Ausschank in Gastwirtschaften pp. kommen dieselben nicht in Frage. Die Trinkbranntweine sind fuselfrei mit bestem filtriertem Weinspirit und unter Mitverwendung von nur besten Zutaten hergestellt. (9276)

In dem dortigen Bezirk geschieht die Ausgabe durch die Firma

Karl Schlüter, Lübeck
Ladwehr-Allee 39.

Wiederverkäufer (Hotellers, Gastwirte, Feinkosthandlungen, Kolonialwarengeschäfte pp.), welche die behördliche Konzession zum Verkauf von Spirituosen haben, wollen Bezugsbedingungen von der obigen Ausgabestelle einfordern.

Monopol-Betrieb
Fritz Lehment, Kiel

Magereit!

Schöne volle Körperformen durch unser **„Mager“** Präparat in 6 bis 8 Wochen bis 80% Ftd. Zunahme. Garant. unschädlich. Kräftlich empfohlen. Streng reell! Viele Dankschreiben. Preis 3.00 Mk. mit Gedr.-Anw. 12. 15. - Vollanweisung oder Nachnahme. (9229)

Alleinige Niederlage:
Adler-Apotheke, Lübeck, Ob. Mengstr. 10.

Beitragsmarken

für Vereine, Gewerkschaften

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der Neue-Welt-Kalender für 1922

ist erschienen und zum Preise von 3 Mk. zu haben in der

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.
(„Lübener Volksbote“), Johannisstr.

Schirmreparatur
Ed. Ickmann.
9304) Handstr. 45.

Ad. Hübner Uhrmacher
Friedrichstr. 11.
Uhr- u. Goldwarenabtlg.
u. Reparaturwerkst. (9229)

Luisenlust. Heute: (9305)
Blauer - Montag - Ball.
Damen Eintritt frei.

Zentralhallen. (9328)
Morgen Dienstag:
Großes Tanzkränzchen.

Achtung! Achtung!
Nur Beckergrube 24
S. Brennmann, Zigarrengeschäft.
Feste Preise! Streng reell!

Zahle für

Goldbruch 750 gest. pro Gr. Mk. 105.-	105.-
Goldbruch 585 gest. pro Gr. Mk. 85.-	85.-
Goldbruch 333 gest. pro Gr. Mk. 45.-	45.-
Silberbruch 800 gest. p. Gr. Mk. 2.60	2.60
Silberbruch ungest. pro Gr. bis	2.50
Platin fester Preis pro Gr. Mk. 470.-	470.-
Gebisse bis Mk. 10 000.-	10 000.-
Jeder Zahn bis Mk. 100.-	100.-

Achten Sie auf Gewicht und Stempel.
Lassen Sie sich nicht verblüffen durch andere Inserate. (9329)



Kaufe zu den höchsten Marktpreisen.
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy,
Sandstraße 21, gegenüber Hotel Stadt Hamburg.

Konsumverein

L. Lübeck u. Umg. e. G. m. b. H.

Als besonders billig zur Eindeckung für den Winterbedarf empfehlen wir nur solange der Vorrat reicht:

ganze Schweineschultern
geräuchert, 8-10 Pfd. schwer,
per Pfund Mk. 21.-

ganze Schweineschinken
geräuchert, 12-18 Pfd. schwer,
per Pfund Mk. 23.-

Denjenigen Mitgliedern, denen ein ganzes Stück zu teuer wird empfehlen wir mit Rücksicht auf den niedrigen Preis Zeitung mit einer anderen Familie. (9302)

Emser Pastillen
geg. Husten, Heiserkeit usw. (9317)

Lübecker
**Genossenschafts-
Bäckerei**
e. G. m. b. H.

**Ordentliche
General-
Versammlung**
am Montag, dem 21. Nov.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassen-
bericht vom 3. Quar-
tal 1921. (9323)
2. Anträge auf Abände-
rung des Statuts.
Anteilscheine legitimieren
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter-
Verband.**
Ortsverwaltung Lübeck.
(9327)

Versammlung
der

**Kohlenakkord-
arbeiter**
am Dienstag, dem 22. Nov.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
**Innere Verbands-
angelegenheiten.**

Versammlung
der
**Automonteur u.
Zahradfahrer**
am Dienstag, dem 22. Nov.
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
**Stellungnahme
zum Lohnstarif.**
Die Ortsverwaltung.

Hansatheater.
Heute (9319)
Montag, 7 1/2 Uhr:
Volksstümliche Bortheils,
zu halben Preisen
Ihre Hoheit
die Tänzerla.
Dienstag und folgende
Tage, 7 1/2 Uhr:
Die Tanzgräfin.

Stadttheater Lübeck
Montag, 21. Nov. 7.30 U.
3. Vorst. für d. Arbeit-
gemeinschaft deutscher
Bünde: Prinz Louis
Ferdinand v. Preußen.
Dienstag, 22. Nov. 6.30 U.
Siegfried. (9310)
Saispiel von Dr. Win-
kelmann, Landes-
Theater Schwerin.
14. Ab.-Vorst. Schst. B.
Mittwoch, 23. Nov. 7.30 U.
Samburg.
Komödie von O. Wilde
14. Ab.-Vorst. Schst. B.

Warum zögern Sie noch?

Sie können auf jede Reparatur und Stepperei warten.
Machen Sie einen Versuch und Sie werden staunen
über die Güte und Preiswürdigkeit der Arbeit,
die mir Ihre ständige Kundschaft sichern.

REFORM

Schuhwaren-Reparatur und Stepperei m. elektr. Betrieb

Inhaber: **Robert Jentzen**
Leder- und Bedarfsartikel-Handlung.
Nur 50 Haxstraße 50.

Siedlung und Kleingarten.

Vierseitige Zeitung in Kupfer-
tiefdruck, reich illustriert, mit
praktischen Erläuterungen für
Kleingarten und Siedlung.
Erscheint alle 14 Tage. Be-
zugspreis für die Volksboten-
leiter monatlich nur sechzig
Pfennig.

Auch im Einzelverkauf im
Lübener Volksboten.

Freistaat Lübeck.

Montag, 21. November

Aus dem Jahresbericht des Arbeitsamtes.

Das Arbeitsamt hat, wie uns u. a. geschrieben wird, in seinem letzten Geschäftsjahr (1. April 1920/21) wiederum eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet, die von allgemeinem Interesse ist. — Arbeitsbeschaffung. Das Arbeitsamt hat im letzten Geschäftsjahr 6 Vollversammlungen abgehalten, in denen namentlich Wirtschaftspragern beraten wurden. Wie im vergangenen Geschäftsjahre, so wurde auch im Berichtsjahre besonders für Arbeitsbeschaffung Sorge getragen. In gemeinsamen Verhandlungen mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden nicht nur Fragen der Arbeitsbeschaffung, sondern auch die allgemeinen wirtschaftlichen Fragen erörtert. Der Leiter des Arbeitsamtes, der zugleich Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung ist, hat in vielen Fällen durch Übernahme der Vermittlung dazu beigetragen. Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu beilegen und im allgemeinen den Wirtschaftskreislauf im Lübeck aufrecht zu erhalten. Wenn auch der größte Teil der von ihm nach der Resolution erlassenen Verordnungen aufgehoben werden konnte, so blieb dennoch genug Gelegenheit, seine bislang größte Tätigkeit zum Wohle des Lübecker Wirtschaftslebens weiter zu entfalten. Er hat namentlich bei größeren Arbeitslosigkeitsercheinungen sehr oft vermittelnd eingegriffen und von seinem Recht, den Schiedsrichtern des Schlichtungsausschusses durch Verbindlichkeitsklärung rechtliche Wirkung zu verleihen, im Bedarfsfälle Gebrauch gemacht. Drohende Arbeitsunterbrechungen und beschleunigte Stilllegungen von Betrieben wurden oft durch gemeinsame Verhandlungen mit dem Arbeitsamt vermieden.

Frauenreferat. Das Frauenreferat des Arbeitsamtes hatte auch in diesem Jahre für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der weiblichen Arbeitskräfte zu sorgen. Es wurde immer wieder Fühlung gesucht mit den Arbeitgebern, um bei Einstellung von Arbeiterinnen eine Bevorzugung derjenigen tüchtigen weiblichen Arbeitskräfte zu erreichen, die ohne männlichen Ernährer für sich und ihre Familie zu sorgen hatten. Die oft geführten Verhandlungen mit Arbeitgebern und Vertretern der Betriebsräte hatten den Erfolg, daß die Beschwerden über Beschäftigung nicht dringend erwerbsbedürftiger Frauen allmählich abnahm und die Zahl der zu unterstützenden weiblichen Arbeitslosen sich in angemessenen Grenzen halten konnte.

Die Erwerbsbeschränktenfürsorge mit ihren mühsamen Ermittlungen erfaßte alle sich meldenden erwerbsbeschränkten Frauen. Im Einvernehmen mit der Berufsberatungsstelle vermittelte sie Ausbildungsmöglichkeiten und damit Erwerbsmöglichkeiten; sie war dadurch in der Lage, einer begrenzten Zahl von Frauen zu einer Existenz zu helfen.

Die Familienpflege entlastete durch ihre Hilfe die arbeitende und oft kinderreiche Frau nicht nur durch Rat in allen im häuslichen schwierigen Lebenslagen, Gesundheits-, Erziehungs- und anderen Fragen, sondern übernahm selbst tätigen Beistand durch Übernahme von Verhandlungen mit Behörden. Aufsehen wachsende Säuglinge und dergleichen.

Das Einigungsamt für Hausangestellte rechnete das Frauenreferat zu seinen dankbarsten und erfolgreichsten Aufgaben. Die fleißige und gleichmäßige Inanspruchnahme der Selbstverpflichteten, mit der Streitfragen aus dem Dienstverhältnis der Hausangestellten dem Einigungsamt für Hausangestellte unterbreitet wurden, sprach dafür, wie sehr die Schlichtungsstelle den beteiligten Kreisen zum Bedürfnis geworden ist.

Das Einigungsamt erledigte 412 Streitfragen, 22 kamen zur Verhandlung vor einem Termin im Einigungsamt; alle übrigen wurden im Vorverfahren gütlich beigelegt.

In engem Zusammenhange mit dem Frauenreferat steht die Lübecker Frauenwerkstätte. Sie machte es sich zur Aufgabe, arbeitslose oder erwerbsbeschränkte Frauen zu beschäftigen, ihnen durch Weiterwissen von Heimarbeit oder Werkstättenarbeit einen Verdienst zu geben oder sie soweit anzulernen, daß sie sich selbst erhalten. Die Lübecker Frauenwerkstätte übernahm Arbeit

ten aller Art im Weiblichen, Kleiden, im Vorarbeiten oder Anfertigen von Kleidern und Herrenschuhen und war dadurch in der Lage, Frauen auszubilden und ihnen Beschäftigung und Verdienst zu ermöglichen. Die mit der Frauenwerkstätte räumlich verbundene Warenbeschaffungsstelle verwaltete die von den verschiedenen Vorkaufsstellen angekauften Warenbestände, hatte die Aufgabe derselben vorzunehmen, geeignete Einkaufsmöglichkeiten ausfindig zu machen und gekaufte Stoffe in geeigneten Fällen durch die Werkstätte verarbeiten zu lassen, wodurch wiederum Arbeit für arbeitslose und erwerbsbeschränkte Frauen beschafft wurde.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 28. November, abends 6 Uhr, statt.

Der Totenparade verbrachte gestern eine melancholische Stimmung an sich. Was es doch wieder ein Jahresfest, an dem Selbstmörder gehalten, über irdische Veranlagtheit gelassen und tiefer Verstorbenen gedacht werden sollte. Ungezählte Pilger gaben gestern auf die Kirchhöfe, um neue Kränze auf die Gräber zu legen und dadurch den Schmerz zu lindern. Ungezählten aber war es nicht vergönnt, an das Grab ihrer Lieben zu treten, weil dieses weit fort im fremden Boden liegt, vergessen, verweht. Und mancher Tropfen Bitternis über das grauliche Schicksal zu früh über den Tod drängte sich vor. Doch mit dem Tode läßt sich nicht haben. Es gibt nur eine Ergebung ins Unabänderliche und einen Willen, für Zustände auf der Welt zu sorgen, daß der Tod nicht durch Uebermut einzelner herausgefordert wird, um Massen zu halten, wie im letzten Krieg. Erinnerung an den Toten, Schmerz dem Lebenden, Liebe allen. — Auf dem Ehrenfriedhof hatte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen wie im Vorjahre einen prächtigen Kranz niedergelegt, dessen schwarz-rot-goldene Säufte eine wunderbare Belebung inmitten des Immergrünes ausstrahlte.

Differenzen auf dem Hochofenwerk. Seit einiger Zeit ist die Belegschaft des Hochofenwerkes mit der Direktion wegen Erhöhung des Schichtlohnes in Unterhandlung. Auch der Schlichtungsausschuss und der Demobilisationskommissar beschäftigte sich mit dem Streitfall. Heute nachmittag 1/2 3 Uhr findet unter der Belegschaft des Hochofenwerkes eine neue Abstimmung über das Vermittlungsangebot des Demobilisationskommissars statt. Da die Arbeiterschaft bis zur Erhebung der Lohnverhandlungen heute früh passive Resistenz leben wollte, wurde ihr von der Direktion bedeutet, daß sie so lange nach Hause gehen könne. Die Gaszufuhr nach Lübeck ist vorläufig eingestellt. Wir werden morgen einen ausführlicheren Bericht bringen. — Am Bußtag nahm die Belegschaft des Hochofenwerkes eine Protestresolution gegen die Teuerung an. Sie wendet sich darin gegen das Feuertaxi vom Ortsausfluß des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Afa und des sozialdemokratischen Vereins an den Senat gerichtete Schreiben und fordert stärkere Maßnahmen.

Landesausschuss für Volksgesundheitspflege. Die Vertreter der Wohlfahrtsvereinigungen, industrieller Werke und der Gewerkschaften trafen am Freitag in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, um sich über die Gründung eines Landesausschusses für Volksgesundheitspflege schlüssig zu werden. Senator Mehrlein wies einleitend darauf hin, daß durch diesen Landesausschuss nicht etwa die vorhandenen Einrichtungen bevorzugen und sollten nur durch die Zentrale ergänzt werden. Das auf diesem Gebiete Vorhandene wolle man nach jeder Weise fördern. Leider stellten die reichs- und einzelstaatlichen Finanzverhältnisse gewisse Grenzen. Medizinrat Dr. Kiebel erläuterte Einzelheiten der beabsichtigten Gründung. Aufklärung in jeder Weise soll der Hauptzweck sein: Belehrungen durch die Presse, Flugblätter, Vorträge, besonders in den Schulen, Filmvorstellungen usw. sind in Aussicht genommen. Empfehlenswert sei die Mithilfe der in der sozialen Fürsorge wirkenden Personen. Gewerkschaftssekretär Dreger erklärte sich namens des Ortsausflusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes grundsätzlich mit dieser Bestrebungen einverstanden, betonte jedoch ausdrücklich, daß

es vor allem darauf ankomme, die soziale Lage der Arbeiterschaft zu heben. Ein Hauptmoment bilde die Wohnungsfrage. Mangelnde Hygiene liege vielfach nicht an den Menschen, sondern an den traurigen Verhältnissen. Deshalb müsse das Hauptaugenmerk auf eine Hebung der Gesamtlage des Volkes gesetzt werden. Durch gute Ernährung und Kleidung könnten viele Ursachen der Krankheiten gehoben werden. Alle Anwesenden waren mit der Gründung eines Landesausschusses für Volksgesundheitspflege einverstanden. Ein stehenglieberiger Ausschuss soll die Bildung von Fachauschüssen beraten. Der Landesausschuss soll mit der Reichszentrale für hygienische Volkserziehung und dem Nationalhygienemuseum zusammenarbeiten, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu einer der Hauptaufgaben zählen.

Von der amtlichen Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigte wird uns geschrieben: Infolge außerordentlicher Anhäufung von Arbeiten ist die amtliche Hauptfürsorge für Kriegsbeschädigte gezwungen, an einem Tage der Woche die Bureau für den Verkehr zu schließen. Bei der ununterbrochenen Inanspruchnahme der Beamten und Angestellten der Fürsorgestelle besteht nur auf diese Weise die Möglichkeit, die vorliegenden Arbeiten zu erledigen. Die Kriegsbeschädigten und Veteranen werden gebeten, die betreffende Bekanntmachung unter den amtlichen Nachrichten zu beachten.

Erwerbslosenfürsorge für Kriegserwitwen. Die Vorschrift der Verordnung vom 7. 12. 18, daß für die Empfänger von Familienunterstützung Erwerbslosenfürsorge ausgeschlossen ist, hat in solchen Fällen Härten herbeigeführt, in denen Kriegserwitwen die Familienunterstützung bis zur Festsetzung ihrer Versorgungsgebühren weiter erhalten. Das Rentenverfahren kann nicht immer mit der gewünschten Beschleunigung durchgeführt werden. Die Unterstützungssätze sind niedriger als die Rentensätze. Eine derartige Familienunterstützung ist nur eine der Einfachheit halber gewählte Form eines Vorschusses, der auf die endgültig festzusetzenden Rentenbezüge verrechnet wird. Der Reichsarbeitsminister hat daher bestimmt, daß solche vorläufige Unterstützung nicht als Familienunterstützung im Sinne des § 7 der Verordnung vom 7. 12. 18 anzusehen ist. Sofern daher im übrigen die Voraussetzungen für die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung vorliegen, kann sie an solche Kriegserwitwen gewährt werden.

Fester des 25jährigen Bestehens der Banngewerkschaft Lübeck. Der akademischen Feier der Schule schloß sich am Abend des 18. November ein Begrüßungsabend an, veranstaltet von den alten Herren und der Schülervereinsgruppe „Pythagoras“. Zum Teil von weither waren die ehemaligen Schüler mit ihren Frauen nach Lübeck gekommen, um die Freundschaften aufzufrischen, sich der arbeitsreichen Tage der Jugend zu erinnern. Die Räume des städtischen Saales in der Bedenstraße sahen eine freudig bestimmte Menge. Neben Anwesenden und vieler westlicher mit Vorträgen unserer heimischen Bühnenkünstler, der Herren Karl Heinz Stein, Jümmendorf und Fr. Schwarz. Der Abend verlief unter zahlreicher Beteiligung aus den Gemeindefreien unserer Stadt in bester Weise. Führungen durch die Stadt, durch das Museum St. Annen, die Marienkirche, in der ein treffliches Orgelkonzert die Besucher erregte, und durch das Schachhaus fanden am Nachmittag des 18. und Vormittag des 19. November statt.

Widerrechtliche Auslegung der neuen Landgemeindeordnung. Herr Dr. Kollner vom Stadt- und Landamt hat in einem Zirkular an die Gemeindevorsteher Anweisungen über die Wahl der neuen Gemeindevorsteher herausgegeben. Darin wird u. a. gesagt, daß nach Paragraph 12 Absatz 1 der Landgemeindeordnung der alte Gemeindevorsteher, auch wenn er nicht zum neuen Gemeinderat gehört, Stimmrecht bei der Wahl des neuen Gemeindevorstehers hat. Diese Auslegung ist völlig falsch. Der angezogene Paragraph bezieht sich auf den neuen Gemeindevorstand, nicht auf den alten, wie Herr Dr. Volger herausgefunden hat. Eine solche Auslegung ist nur den Vorurteilen, welche aus gewissem Interesse die klaren Bestimmungen in ihr Gegenteil zu verkehren suchen. Die neue Gemeindeordnung muß richtig und nicht in deutlichen Worten ausgelegt werden.

Einem hebräischen Anklagefall fiel am Sonnabend mittag das dreijährige Söhnchen des Bäckermeisters Reimer in der Altdorfstraße zum Opfer. Mit anderen Kindern spielte

Das Gemeindefind.

Erzählung von Marie von Esner-Göhenbach.

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Winda in seinen Armen schlug züchtig die Augen zu Boden und ergrübelte feuerrot bei den Reden, die er ihr zuflüsterte, und den Küssen, die er ihr raubte. Ueber den Anblick vergaß Pabel seinen Hunger — seine Ungeduld wich einem rasenden, ihm unbegreiflichen Schmerz; wie in den Fängen eines Raubtieres wand er sich und brachte ein entsetzliches Röcheln hervor.

Die Umstehenden erschrafen, man rief ihn hinweg, und er wehrte sich nicht, er schloß davon, durch die langsam hereinbrechende Dunkelheit, seinem unheimlichen Dasein zu. Aus der Hölle schimmerte ihm der ungewohnte Glanz einer brennenden Kerze entgegen. Sie war auf dem Fensterbrett aufgestellt, und in dem nun ihrem Schein erhellten Stübchen saßen Winda und sein Weib auf der Bank, und zwischen ihnen stand ein Teller mit Braten und einer Flasche Brantwein. Die beiden Alten saßen und tranken und waren guter Dinge. Pabel beobachtete sie eine Weile vom Feldrain aus, hing dann zum Hohlweg hinab, den die Dorfstraße bei den letzten Schäluppen bildete, und streckte sich auf die ausgebrochenen Ziegelstufen des Eingangs, den Kopf an die Tür gelehnt.

So mußte, im Fall, daß er etwa einschleif, die Winda ihn wecken, wenn sie ins Haus wollte. Stunden vergingen, der matte Glanz, den das Licht im Fenster auf der Wegsaarfen hatte, erlosch. Das treibende Gemüß am Himmel, der umschleiernde Mond mahnten Pabel an die Winternacht, in der er ausgezogen war, Milada aus der Gefangenschaft zu befreien.

Was für ein Narr war er damals gewesen — was für ein Narr geblieben bis auf den heutigen Tag!

Von dem einzigen, der ihn nie beschimpft, dem einzigen, der ihm je eine Wohltat erwiesen, hatte er sich in blödsinnigem Mißtrauen abgewendet, und war der Betrübterin unterwürdig gewesen, die ihn zum besten hatte, ihn bestahl und verlastete. — O — ganz gewiß verlorste und verpötelte! Sie spottete so gerne, die Winda, und so leicht bei viel geringeren Veranlassungen, als seine grenzenlose Dummheit eine war.

„Was zu ich ihr?“ fragte er sich plötzlich und antwortete auch logisch: „Ich schlag sie tot.“

Keine Ueberlegung — was dann? Nicht die geringste Angst, nicht der kleinste Skrupel, nicht einmal ein Zweifel an der Ausfühbarkeit seines rasch gefaßten Vorzages.

Er stand auf, öffnete leise die Tür, holte den Knüttel Birgils vom Herde und legte ihn neben sich, nachdem er seinen früheren Platz und seine frühere Stellung wieder eingenommen hatte.

Nun kam eine große Ruhe über ihn; die Augen fielen ihm zu, und er schlief ein. Nicht tief, so halb und halb, wie er zu schlafen pflegte, wenn er die Nacht mit den Pferden draußen auf der Hutweide zubachte.

Der Morgen dämmerte, als leichte Schritte, die sich näherten, ihn weckten. Sie war's. Weiter bequem und friedlich mit ihrer unerschütterlichen Miene kam sie einher, zögerlich ein wenig, als sie Pabel dasitzen sah, betrat dann ganz leise die Stufen und beugte sich, um ihn zur Seite zu schieben. — Da packte er sie am Fuß und rief sie zu Boden. Sie fiel ohne einen Laut, erhob sich aber sofort auf die Knie, während er nach dem Knüttel griff. Ein Blick in des Jungen Gesicht, und aus dem ihrigen wich alles Blut.

„Pabel.“ stammelte sie, „was fällt dir ein — du wirst mich doch nicht schlagen?“

Sie kamnte beide Arme gegen seine Brust und sah angstvoll und hehend zu ihm empor.

„Schlagen nicht — erschlagen werd ich dich.“ antwortete er dumpf und mandte den Kopf, um ihren fliehenden Augen auszuweichen. „Aber zieh zuvor meine Stiefel aus.“

„Jesus Maria! wegen der Stiefel willst mich umbringen?“

„Ja, ich will.“

„Schrei nicht so... die Alten wachen auf.“

„Alles eins.“

Sie schmeigte sich an ihn, ein schlüchternes Lächeln umzude ihre Rippen. „Sie kommen mir zu Hilfe, wie kannst mich dann todschlagen? Geh — sei still, lei arm.“

Er suchte sich von ihrer Umarmung loszumachen, die ihn befestigte und empörte; er fühlte mit Zorn gegen sich, den Zorn gegen sie unter ihren Liebholungen schwinden: „Spitzbübta!“ rief er.

„Nach keinen Rärm.“ mahnte sie; „wenn die Leute zusammenlaufen, was hast du davon? Sei still! Schlag mich tot meinweg, aber sei still. — Schlag mich tot, du dumme Pabel — und nun fächerte sie schon völlig vergnügt und hegesewiß.“

Zwischen den wirren Haaren, die ihm über die Augen hingen, sah ein Blick voll düsterer Glut hervor, der sie von neuem schauern machte. — Das war kein törichter Junge mehr, es war ein frühreifer Mann, der sie anekelnd hatte, und instinktmäßig rettete sie sich in der Furcht vor ihm — an seine Brust.

„Tu mir nichts! wie leid wäre dir!“

Sie stand neben ihm und hielt seine Hand, der der Knüttel entzungen war. Sie hat, sie schmeichelte, sie suchte ihn zu rühren und hielt sich selbst eine Totenklage. „O wie leid wäre dir um mich, niemandem so leid wie dir um die arme Winda.“

„Du bist nicht arm!“ fuhr er sie an. „Du nicht! — Schlecht bist du — und ich ach aufs Begierstamt und verflag dich.“

„Wegen der Stiefel?“ fragte sie und lachte herzlich und sorglos.

„Ja.“

Flugs ließ Winda sich auf die Stufen nieder, zog die Stiefel aus und stellte sie vor Pabel hin. „Da hast sie, Geizhals! ich

brauch sie nicht! — Ich brauch nur dem Peter ein Wort zu sagen, so kauft er mir andre, viel schönere.“

Pabel brüllte förmlich auf: „Kein, nein! nimm die meinen, behalt sie, ich schenk sie dir. Nur geh nicht mehr mit dem Peter.“

„Versprich!“ Er suchte sie an den Händen und schüttelte sie, daß ihr Hören und Sehen verging: „Versprich's, versprich's!“

„Sei ruhig, — ich verspreche es.“ antwortete Winda; doch war der Ton, in dem sie es sagte, so wenig überzeugend, und es flog ein lo hellamer Ausdruck über ihr Gesicht, daß Pabel die Faust haßend drohte:

„Nimm dich in acht!“

VI.

Die nächste Woche brachte viel Regentage, und an jedem trübten Morgen packte Pabel seine Schulsachen zusammen und ging zum Geschäft aller, die ihm auf dem Wege dahin begegneten, in die Schule. Dort sah er, der einzige seines Alters, unter lauter Kindern und immer auf demselben Plage, dem letzten auf der letzten Bank. Anfangs tat der Lehrer, als ob er ihn nicht bemerkte; erst nach längerer Zeit begann er wieder, sich mit ihm zu beschäftigen. Einmal, als die Stunde beendet war, die Stunde sich geleert hatte, Pabel aber fortzugehen zögerte, fragte ihn der Lehrer:

„Was willst du eigentlich? In deinem Beruf kannst du dich bei mir nicht ausbilden.“

Pabel machte verwundernde Augen, und der Lehrer fuhr fort: „Hast du mir nicht gesagt, daß du ein Dieb werden willst? Nun, Unglückschuh — Unterrecht im Stehlen geh ich nicht.“

Dem Pabel schwebte schon die Antwort auf der Zunge: „Dennum ist mir's auch nicht zu tun, verzeih's ohnehin.“ Aber er bezwang sich und sagte nur: „Lesen und Schreiben müßt ich lernen.“

„Zur Not kannst du's ja.“

„Kunst zur Not kann ich's nicht.“

„Mußt dir halt Müß' geben.“

„Gib mir Müß, kann's doch nicht.“

„Bring dein Buch her.“

Pabel schüttelte den Kopf: „Aus dem Buch kann ich's schon, aber da —“ er fuhr mit der Hand, die festhielt, zwischen sein Hemd und seine Brust und zog einen perlmutternen Brief hervor, „da hat mir der Pate etwas von der Welt gebracht.“

„Geschriebenes? Ja! das ist freilich eine andere Sache, da würde ich wohl selber Mühe haben.“

Sein Schmeiz reute ihn, als Pabel denselben für Ernst nahm und zum ersten Male im Leben demüthig sprach: „Ich müßt der Herrn Lehrer doch bitten, daß er's probiert.“

Pabel nickte, wenn man so sagen darf, das Blatt mit den Augen und reichte es dem Alten hin, sorgfältig, ängstlich, wie ein Kleinod, das leicht fehlbedient werden könnte.

Der Lehrer erwiderte und überflog es: „Ein Brief, Pabel — und weißt du, von wem?“

„Er wird von meiner Schwester Milada sein, aus dem Kloster.“

(Fortsetzung folgt.)

Es am einen Möbeltransportwagen herum. Wie es heißt, wollte das Kind ein Stückchen Lakritzen unter dem Wagen hervorholen. Im gleichen Augenblick als es unter den Wagen gekrochen war, um dieses herauszuholen, kam letzterer in Bewegung. Der kleine Knabe geriet unter ein Rad und wurde so schwer gequetscht, daß ein Teil des Körpers ausserhalb wurde. Das Kind wurde sofort mittels Krankenwagens ins Marienkrankenhaus gebracht, wo es am Sonntag morgen von den Quälern durch den Tod erlöst wurde.

Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 21. November bis 27. November d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 850 Mark für ein 20-Markstück, 425 Mark für ein 10-Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

wh. Stabthaler-Bildspiele. Die Gener-Walln mit Henry Worten in der Titelrolle, dieser in wenigen Wochen schon in der ganzen Welt berühmt gewordene Wallfilm, soll diese Woche in unserm Filmablaß über die Leinwand. Außer der Worten, miffen noch drei vollendete Künstler dabei mit: Albert Steinhilber, der eine überauswunderliche Bauernschalk von jabelhafter Schicklichkeit, Eugen Klöpfer als Vincenz und Wilhelm Dielerle als der Bären-Joseph. Hier ist wieder ein wunderschöner und im besten Sinne des Wortes volks-tümlicher Film fertiggestellt. Die Handlung, die nach dem gleichnamigen Roman der Tochter von Charlotte Birch-Pfeiffer, Wilhelmine v. Hillern bearbeitet wurde, spielt in den reinen und schönen Gefilden des Hochgebirges. Bilder von malerischem Reize erfreuen das Auge. Leidenschaftliche und wohlwollige Menschen plagen aufeinander. Wenn die Gener-Walln nach dem Willen ihres Geliebten um den ersten Kuss rauf, dann spürt man ordentlich, daß sich da eine reine Weibsnatur ausstößt. Die blonde Henry hat in dieser Gestalt eine unübertreffliche Meisterleistung geschaffen. Aber auch die Regie und nicht minder der Photographen dieses Films verdienen uneingeschränktes Lob. Vorher wird ein feststehender Reimfilm "Gola die Apachenbraut" gezeigt. Eingeleitet wird der Spielplan von einem lustigen Einakter: "Professor Rehlein erfüllt seine Braut" mit dem bekannten Filmhumoristen Leo Beuler in der Hauptrolle.

Hocherwählter Herrschaften erklärt die Betriebsbehörde heute im Infanterieteil eine Bekanntmachung, auf die wir hiermit verweisen.

Einleitung. Der Arbeiterverein hielt am Sonntagabend im Lokale "Zur Post" eine Festlichkeit ab, die zahlreichen Besuch aufwies. Genosse Schulz-Löbbeck hielt eine kurze Ansprache in der er u. a. auf die Bedeutung und die Wichtigkeit der heurücklichen Vertagung hinwies. Besonders betonte er, daß die Arbeiterchaft mehr als bisher die Arbeiter-Organisationen unterstützen müßte. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Darauf führte die Jugend in schmucker Kleidung Musik und Reigentänze vor. Dann folgten verschiedene turnerische Auführungen durch Erwachsene und Jugendliche, die zum Teil recht achtbare Leistungen aufwiesen. Alle Darbietungen fanden lebhaftes Interesse und starken Beifall. Ein von der Frauenriege des Vereins gesungenes feines Liedchen wurde bei der Feier mit eingeweiht. Das Fest fand mit einem Tanzergnügen seinen Abschluß.

Niederbühnen. Einen glänzenden Sieg bei der Gemeindevorwahl am Sonntag erzielte die Arbeiterchaft. Auf ihre Liste, die Liste I, entfielen 72 Stimmen. Auf die Liste II, der Bauernliste, entfielen 30 Stimmen. Von den 4 Sitzen erhalten 3 die Arbeiter und 1 die Bauern.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung! Die noch ausstehenden Sammellisten für den Wahlsonntag müssen baldigst im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, abgeliefert werden.

Stadttheater. Für die Siegfriedaufführung am Dienstag ist Herr Dr. Winkelmann vom Landes-Theater Schwerin als Siegfried gewonnen worden. Am Mittwochabend gelangt die wichtige Komödie "Widder" von Sander zur Wiederholung.

Ein überaus Dichterabend veranstaltete die Gesellschaft überaus Kunstfreunden am Dienstag, dem 22. November, abends 7 1/2 Uhr, im Kolloseum. Prof. Dr. Knies hält einen Vortrag über die älteren Dichter und Ingeborg v. Lützendorff war mit Respiration auf.

Angrenzende Gebiete.

Rageburg. Kreiskonferenz des Deutschen Landarbeiterverbandes. Die Delegierten der Landarbeiter-

schaft des Kreises Lauenburg hatten sich am Sonntag im Restaurant Weinberg in Rageburg versammelt. Fast alle Ortsgruppen des Kreises waren vertreten. Der Kreisleiter Jantusch erstattete einen ausführlichen Bericht über die Organisationsverhältnisse im Kreise. Anschließend referierte Gauleiter Leers über die Verwaltungstechnik. Beide Referate wurden beifällig aufgenommen. Eine lebhafteste Aussprache wurde gepflogen über die gegenwärtige Teuerung und die Maßnahmen erörtert, die dagegen eingeleitet werden müßten. Von den Delegierten wurde es bekräftigt, daß die Organisationsvertreter sich bereits dahin einig seien, mit dem Provinzial-Arbeitgeberverband in Verhandlungen zu treten wegen Gewährung einer Teuerungszulage. Im Verlauf der Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß man gespannt sei, wie sich der Arbeitgeber-Verband der Provinz, Schleswig-Holstein zu diesem Antrage stellen würde. Man gelobte, sich in unerschütterlicher Treue hinter die Organisation zu stellen, um die Anerkennung der berechtigten Forderungen zu erzielen. — Einmütig beschloffen wurde, den Beitrag ab 1. Januar 1922 für Männer auf 3 Mark, für Frauen und Jugendliche auf 1.50 Mk. pro Woche zu erhöhen. Die Kreiskonferenz erwartete, daß alle Kreise des Gauces schnellstens diesem Schritte folgen werden. Vorklang wurde das reifliche Ableben der Hausmarke und einstimmig erklärte man sich bereit, im Falle der Not den doppelten Beitrag zu leisten. Den Delegierten wurde mit auf den Weg gegeben, sich für höchste Beitragsleistung einzusetzen. Auch in dieser Beziehung erwartete die Landarbeiter und Arbeiterinnen des Kreises Lauenburg, daß auch alle anderen Kreise des Gauces diesen Schritt befolgen. — Nach Erledigung verschiedener kleinerer Fragen wurde die ruhig und sachlich verlaufene Konferenz mit einem Hoch auf den Deutschen Landarbeiterverband geschlossen.

Hamburg. Für 4 1/2 Millionen Mark Margarine beschlagnahmt. In der Berliner Hauptniederlage der Margarinefabrik L. E. Mohr in Altona sind etwa 1920 Zentner Margarine im Gesamtwerte von etwa 4540 000 Mark wegen übermäßiger Preissteigerung beschlagnahmt worden. Diese Beschlagnahme hat jetzt auch durch die ordentlichen Gerichte ihre Bestätigung gefunden. Um die Margarine durch lange Lagerung nicht dem Verderben auszuliefern, wurde der genannte Firma aufgegeben, die Ware an die Kaufleute zu den festgesetzten Preisen abzugeben. Der Millionenverlust muß von der Firma zur Verfügung der Staatsanwaltschaft gehalten werden.

Hamburg. Ein Oberstleutnant. Vom Richteramt wurde der Kaufmann Walter Böje, der keine Handelsurlaubnis besitzt, zu drei Monaten Gefängnis und 3 885 000 Mk. Geldstrafe oder 12 (zwölf) Monate Gefängnis und 5000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Einschlebung des übermäßigen Gewinns, den er bei einer Schmalzschmelzung machte, ist angedeutet. B. entzog sich der Strafvollstreckung durch Abreise nach Wien. Er kam jedoch von dort wieder und wählte unangenehm in Wandsbek. Dort haben Beamte ihn festgenommen. — Zwölf Monate Gefängnis für nahezu 4 Millionen Mark, wahrlich ein feines Geschäft!!!

Hamburg. Bucherpreise. Ein Hensburger Kaufmann übernachtete in voriger Woche während zwei Nächten in einem Hotel in der Langenreihe und mußte dafür den Betrag von 345 Mark, also 172.50 Mark für die Nacht zahlen, ohne jegliche Verzinsung. Allerdings enthielt kein im zweiten Stock belegenes Zimmer zwei Betten, es war aber nur eines bestellt und auch nur benutzt worden. Der Kaufmann hat die quittierte Rechnung an das Richteramt eingereicht mit der Bitte, gegen ein solches Gebahren einzuschreiten.

Kiel. Eine ganze Familie durch Brandwunden schwer verletzt. In der Küche des Sommerstrake 7 wohnenden Verstorbenen Heinrich Bauer eriel ein zum Troden aufgehängtes Federkissen in Brand. Durch die herumfliegenden brennenden Federn breitete sich das Feuer über die ganze Küche aus, wobei sämtliche Familienmitglieder, bestehend aus den Eltern und drei kleinen Kindern, zum Teil schwere Brandwunden erlitten.

Kiel. Der hier tagende Schleswig-Holsteinische Provinziallandtag nahm zur Groß-Hamburg-Krage eine Entschließung an, in der erklärt wird: Schleswig-Holstein — durch die Forderungen des Hamburger Senats in seinem Eigenleben und seinem Bestande bedroht — hat allgemeine deutsche Aufgaben wirtschaftlicher und nationaler Art zu erfüllen, die gleichberechtigt neben den Aufgaben Hamburgs stehen. Schleswig-Holstein ist daher im gesamt-deutschen Interesse nicht in der Lage, sich für Hamburg zu opfern. Dagegen ist es bereit, eine gedeihliche Entwicklung des gesamten, durch gemeinschaftliche Interessen verbundenen Wirtschaftsgebietes an der Unterlebe zu bewerkstelligen, und, soweit erforderlich, im Wege staatlicher Zusammenarbeit mit Hamburg durchzuführen. Die Provinz Schleswig-Holstein ist bereit, bei der vorzunehmenden Neuregelung mitzuwirken und, soweit sie dazu in der Lage ist, sich auch an der Unterstützung der Städte, Kreise und Gemeinden zu beteiligen.

Kiel. Schließung der Germaniamerft. Die Arbeiterschaft der Germaniamerft forderte die Direktion eine Wirtschaftsbethilfe in Höhe eines Monatsverdienstes, weil die Werten die Affordereibhöhung nicht im Sinne des Tarifvertrages aufbesserte. Sie geben nur 2, 4 bis 5.5 % statt 12 bis 16 %. Die Erregung der Arbeiterschaft, die passive Resistenz übte, wurde um so größer, weil einem Antrage, am Vorktage arbeiten zu lassen, von Seiten der Direktion nicht stattgegeben wurde, trotzdem der Reueungspräsident sowohl als auch die Polizeibehörde erklärt hatten, daß sie hier keine Schwierigkeiten machen würden. Am Freitag hielt die Belegschaft vor dem Direktionsgebäude eine Versammlung ab und entsandte eine Kommission. Die Direktion gab die Erklärung ab, daß sie nicht beauftragt sei, selbständig zu handeln, da sie ihrer Organisation, der Norddeutschen Gruppe verantwortlich sei, erklärte sich aber bereit, bei den am Mittwoch, dem 28. November, in Hamburg stattfindenden Verhandlungen, den von der Belegschaft gestellten Antrag zu unterstützen. Des weiteren soll der Belegschaft die Zeit, während der infolge dieser Bewegung nicht gearbeitet wurde, mit dem Stundenlohn bezahlt werden. Eine Vertrauensmännerziehung der Germaniamerft nahm eine Urabstimmung über Weiterarbeiten in der passiven Resistenz vor. Es wurde die erforderliche Majorität für Arbeitsüberlegung nicht erzielt. Eine Vertrauensmännerziehung aller Kieler Werten beschloß sich der Forderung der Arbeiterschaft der Germaniamerft anzuschließen. Nach bürgerlichen Zeitungsmeldungen wurde in einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung beschloffen, sofort die Arbeit niederzulegen. Die Direktion hat hiernach die sofortige Entlassung der gesamten Belegschaft ausgesprochen.

Bremen. Ukrainische Waisenkinder. In Bremerhaven kamen dieser Tage 52 ukrainische Waisenkinder aus der Ukraine über Danzig an, um mit dem Dampfer "Amerika" nach Neuport weiterbefördert zu werden. Die Eltern der unglücklichen Kinder sind den fruchtlosen Wirren im Lande zum Opfer gefallen. Der Norddeutsche Lloyd ließ die Bauernswerten vor ihrer Weiterreise in der Lloydhalle mit Schokolade und Brot reichlich bewirten. Im übrigen bemühte sich ein Hilfskomitee und der hiesige Hilfsverein in Bremen um die Kleinen. Die "Amerika" hat dann ihre Reise nach Neuport angetreten, um die Kinder als ersten Teil einer großen Zahl von Leidensgefährten in ihre neue Heimat in den Vereinigten Staaten zu überführen.

Geestmünde. Das Ende der städtischen Hochseefischerei. Die Hochseefischergesellschaft Berlin-Geestmünde, an der bekanntlich die Städte Berlin und Geestmünde mit großen Kapitalien beteiligt sind, hat ihre Fischdampfer zu guten Preisen verkauft. Die Gesellschaft hat während ihres Bestehens gegen die Privatunternehmungen schwer zu kämpfen gehabt und wird nun, da der Zweck des Unternehmens, Berlin mit preiswerten Seefischen zu versorgen, ausgeschlossen erscheint, vollständig liquidieren.

Gewerkschaften.

Zur Krise in der Berliner Metallindustrie. Durch die rapide Steigerung der Lebensmittelpreise sowie sämtlicher anderer Bedarfsartikel veranlaßt, waren bereits Besprechungen zwischen den maßgebenden Vertretern der beiderseitigen Organisationen angebahnt, die zum Ziele hatten, eine außerparlamentarische Zulage für die Arbeiterschaft der Metallindustrie zu erwirken. Leider haben diese Besprechungen durch das Vorgehen einzelner Betriebe ihren jähen Abschluß gefunden. Nur dadurch, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nachweisen konnte, sich nicht des Tarifbruches schuldig gemacht zu haben, war es möglich, die Besprechungen wieder aufleben zu lassen. Sie haben jetzt gezeitigt, daß der D. B. M. A. sich in einer größeren Versammlung mit dieser Frage beschäftigte. Es ist dadurch zu erreichen worden, daß nunmehr in den nächsten Tagen die gemeinsamen Besprechungen über Gewährung einer Ausgleichszahlung infolge der verteuerten Lebenshaltung der Arbeiter ihren Fortgang nehmen. — Im Interesse der Berliner Metallarbeiterchaft wäre es dringend zu wünschen, daß alle Teilaaktionen abgebrochen würden, denn nur dadurch, daß die Arbeiterschaft den Unternehmern zeigt, daß sie gewillt ist, Disziplin zu mahnen, wird es den Interessensvertretern der Arbeiterschaft leichter möglich sein, die berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen.

Aus aller Welt.

Ausführungen und Wänderungen in Berlin. Es kam wieder an verschiedenen Stellen zu Ausführungen und Wänderungen. Sonnabend vormittag wurde in der Gormannstraße ein Brotwagen vollständig ausgeplündert. In den Nachmittags-

Landru, Der Blaubart.

Der Mann, der, wie gemeldet, wegen Ermordung von zehn Frauen seit acht Tagen auf der Anklagebank des Verfallten Gerichts liegt, wenn man es sich recht überdenkt, ein kleiner Geschäftsmann mit einem übermäßig ausgedehnten Betrieb. Er hatte langjahren ein "Franchisegeschäft". In seiner Villa in Cambrai hat man eine Liste von nicht weniger als 289 Frauen gefunden, mit denen er in Beziehung stand, denen er Briefe schrieb und denen er seine Zeit zu widmen pflegte. Mit mindestens einem Dutzend dieser Frauen hat er innige Liebesverhältnisse unterhalten. "Landru", so lasste der Richter in einer der letzten Sitzungen, "Sie waren als Courtesen in dem kleinen Orte, wo Ihr ehrsüchtiger Vater Mechaniker, Ihre Mutter Bäckerin war, wegen Ihrer Sanftmütigkeit der Viehling aller!" Landru ist auch als Liebhaber der zartesten, hingebungsvollsten und aufmerksamen Dienerschaft bekannt, den man sich denken kann. Hernach Segret, die letzte seiner Geliebten, hat im "Journal" in fünf langen Fortsetzungen ihren Roman mit Landru mit einer merkwürdigen Offenheit vor den konventionellen Lesern hingebreitet. Ferner war bemerkt von Landru, der sich ihr unter falschem Namen nannte. Sie liebte ihn so sehr, daß sie auch jetzt noch kein Wort der Abfertigung gegen ihn findet, und daß ihre Äußerung nur von ihrer Niederbeugung durchwoben sind, aber weder Haß noch Verachtung zeigen. Landru hat sie mit den charmantesten Liebeswörterchen überhäuft. Er hat ihr Briefe geschrieben, wie ein junger Dichter. Was sie ihm erwiderte, hat er ihr verlesen. Nach am letzten Tage hat er ihr in Paris einen hübschen Taschenuhr kaufen wollen, als ihn die Schwester eines seiner Opfer vor dem Laden erkannte und er verzweifelt und somit Hernach gerettet wurde. Und Landru hätte mit ihr machen können, was er wollte. "Métais la Coie" schreibt Hernach.

Und wie Hernach, so hat Landru alle Frauen glücklich gemacht, denen er seine konstante Zuneigung schenkte. Er hat sie nach zum Schluß umgebracht. Das war die einzige Unannehmlichkeit, die er ihnen bereitet.

Nach Frau Cuchet hat diesen Landru, oder Diard, wie er sich damals nannte, aber alle Frauen geliebt. Sie war eine hübsche Waisenbuhle von 49 Jahren. Selbst als sie heranzuging, daß Diards Name ein falscher, und daß Landru verheiratet und Vater von vier Kindern ist, hat sie lieber mit ihrer Familie getuschelt, als diesen heranzuging Reisender verlassen. Landru hat sie und ihren 16-jährigen Sohn in seiner Villa in Cambrai, genau wie ihre Nachbarn, ermordet und verdrängt. Dann schrieb er jeglichem in keine Heide: "Cuchet + J." Er war, wie gesagt, ein kleiner Geschäftsmann, der Wert auf Verschönerung legte. Das

Ergebnis war der Ertrag für den Verkauf einiger Möbel und ein paar Kleinigkeiten, die er als guter Familienvater seiner Frau und der Geliebten seines Sohnes schenkte. Witwe Cuchet war nur "ein kleines Geschäft" gewesen, bei dem der Reingewinn in seinem Verhältnis stand zu den Aufwendungen an Zeit und Mühe.

Als kleiner Geschäftsmann zeichnete sich Landru durch die Sparsamkeit aus, die eine Nationalakademie des französischen braunen Bürgers ist. Vor einiger Zeit hat eine Frau ihre beiden Kinder vor den Felsen herab ins Meer geworfen, um ihrem Geliebten gegenüber frei zu sein. Der eine Junge wurde gerettet. Sie hatte ihm den arbeitslosen Anzug angetan, als sie die Fahrt zum Meer antrat. Aus Sparsamkeit, da das Kostüm ja doch verloren gehen mußte, Landru hat, wenn er mit seinen Geliebten die letzte Reise nach der Villa in Cambrais und ihrem Krematorium machte, für sich ein Retourbillet, für die jeweilige Dame seines Herzens aber stets nur eine einfache Karte gelöst. Da er genau wußte, daß er allein zurückreisen werde, war er tugendhaft genug, die zweifache Ausgabe für eine doppelte Rückfahrkarte zu vermeiden.

Denklichen Weg wie Frau Cuchet und ihr Sohn, gingen neun andere Frauen. Die Pariser Wälder veröffentlichten ihre Bilder. Es sind ganz junge darunter, wie das 19-jährige Dienstmädchen Fabolan, dreißig-, vierzig- und vierundzwanzigjährige Hauskammerfrauen, geistreiche Frauen, Witwen und andere, die sich durch keine Schuldverhältnisse oder Mobiliarbesitz das Recht auf Landrus Liebe erworben hatten. Sie alle sind nicht mehr aufgefunden seit dem Tode, an dem Landru eine einfache Fahrkarte für sie und eine Rückfahrkarte für sich erworben hatte. In seiner Klippe oder fest für die Tage solcher Reisen jedesmal gewöhnlich ein kurzer Vermerk: "1. Sept. 17. 10 Uhr 15. — Einleitert 1881", was zu bedenken hatte, daß Frau Duillon, die ebenfalls diesen Reichen obgleich geliebt hatte, um diese Stunde, unter dieses Agotes wirksamer Reihelife das Zeitliche gesegnet hatte. Oder "5 Uhr Summe 1111 Franc, 29annes", das bezog sich auf Frau Jaume. Oder für die Witwe Pascal: "5 Uhr 15. Erhalten aus Verkauf Sachen Pascal 625 Regenschirm 5 Franc, Zahnradschraube 15 Franc." Auch die Witwe Pascal machte sich nichts ein, wie denn Landru in den Jahren 1914 bis 1919 bei elf Wänden und unendlichen Schreibern, Auslagen und Rückstellungen kaum mehr als 50 000 Franc "verdiente". Er war wirklich ein kleiner Geschäftsmann.

Das letztliche Geschäftsbuch Landrus ist der Polizei in die Hände gefallen. Sie hat einen Teil abgeleitet, den Bilienarten durchsuchen den Dien ausgeleert und insgesamt etwa zwölf Pfund Mühe und Knochen gefunden. Das Geschäftsbuch und die sechs Kilo Knochen sind das Beweismaterial, das Landru erdrücken soll.

Landru, der seit April 1919 im Hafengefängnis sitzt, erklärt, daß das Notwendigsten seinen Wert habe und daß die verkauften Knochen von den Resten der Hammel-, Schweine- und Kalbsfleischleiten herrührten, die er und seine Freundinnen verzehrt hätten. Im übrigen er sich in Schweigen. In ein starkes, unerschütterliches, meisterhaftes und souveränes Schweigen, das das schwache Frankreich in helles Erstaunen versetzt und die Ursache der rebelligsten Diskussionen geworden ist. Landru wendet sich zu den Richtern und sagt ihnen mit seiner hübschen, biegsamen Stimme, wenn sie Enthüllungen haben wollen: "Nicht ich, meine Herren, habe Ihnen die Beweise für die gegen mich gerichteten ungeheuerlichen Anklagen zu liefern, sondern Sie haben die Aufgabe, diese Beweise zu suchen!" Dann setzt er sich wieder, schiebt die Brille über die Augen und vertieft sich in seine Akten, die jetzt zu einigen tausend Faszikeln mit über 70 000 Seiten angeschwollen sind. Landru verlangt, daß er auf alle Fälle dieses Material studiere, ehe man ihn verurteile. Er würde sich ein emiges Leben sichern, wenn ihm die Erfüllung dieses Wunsches gewährt werden könne.

Ganz langsam nur schritten die Verhandlungen fort. Schon tagelang zerbrechen sich Richter, Geschworene und mit ihnen ganz Frankreich den Kopf über den Fall der Frau Cuchet. Und nun erbt beifällig sich das Gericht mit dem Verschwinden der Südamerikanerin Frau Laborde-Lime, die in dem Notizenbuch Landrus unter dem Namen "Bresil" ihr Sterbe-Akt erhalten hat. Landru aber hat ein großartiges und wahrhaft ritterliches Wort gefunden: "Meine Herren" sagt er, und er redt seinen Arm zu einer erhabenen Bewegung, "ich werde niemals das Geheimnis dieser Frauen verraten, die sich zu verbergen wünschten!"

Dieses hübsche Angeheuer mit den beherrschten Gesten ist ein magerer schlüpfriger Mann mit tiefhängenden Augen, braun-schwarzem Bart und langen in lächerlichen Knebeln ausgezogenen Schnurrbartspitzen. Frau Colette, auf die dieser wirkliche "Was die-selbe" dieselbe mystische Anziehungskraft auszuüben scheint, wie auf andere Frauen, hat im "Matin" fast ein Gedicht auf diese "Kasse" geschrieben, "die ungeheuerlich ist, weil sie einen Menschen vorzutauschen sucht." Aber auch Frau Colette ist ein Weib. Männer beurteilen diesen absolut nicht außergewöhnlichen Kopf bei weitem nüchtern. "Er sieht aus wie der Rayonnes eines großen Warenhauses, Abteilung Seidenstoffe," stellt ein Bericht-erstatler fest. Und in der Tat, die dienlichste Manieren, die schmiegsame Höflichkeit, die weichen Modulationen der Stimme, auch sie passen zu der pedantischen Buchführung und der Sparsamkeit. Er ist wirklich der Typus des kleinen französischen Geschäftsmannes. Aber immerhin, er hat Duzende von Frauen angelockt und zehn von ihnen in aller Seelenruhe abgeschlachtet und verbrannt. (Fort. 31.)

hunden machten zahlreiche Erweiterungen in der Weberstraße, der Straußbergerstraße sowie am Straußberger Platz sich bemerkbar. In einer Kaserne wurde eine wertvolle Schaufensterdekoration zerstört, während in der Nähe von 5000 Mark und bares Geld gestohlen. Ferner fanden Zusammenkünfte in der Alster Schönhauserstraße und in der Gegend des Börser Platzes statt, die regelmäßig von der Polizei zerstreut werden konnten.

Ein Berliner Denkmal gestohlen. In der Nacht zum Freitag ist das an der Bellevue-Allee in Berlin befindliche Bronzedenkmal des ehemaligen Lieraarbedienten Götner vom Sockel abgebrochen und fortgeschleppt worden.

Ausflug ins Riesengebirge. Der Großindustrielle und Mineralwasserbrunnenbesitzer in Salsbrunn bei Hannover wurde wegen Gelehrerei und Schleichhandels zu einem Jahre sieben Monaten im Zuchthaus und 10000 M. Geldstrafe verurteilt. — Möchten doch alle Gerichte sich hierzu ein Beispiel nehmen, dann wäre mit den Wucherern und Schiebern bald aufgehört. Leider aber beschränken sich noch die meisten Gerichte darauf, die angeklagten Wucherer und Schieber zu einer meist geringen Geldstrafe zu verurteilen, die von diesen Volksauswürgern mit lächelnder Miene bezahlt werden, um dann demnächst noch einen größeren Raubzug zu machen.

Schweres Eisenbahnunglück bei Leipzig. Sonnabend vormittag ereignete sich auf dem Kanalarbahnhof Engelsdorf bei Leipzig ein schweres Unglück. Eine Kanalarlokomotive fuhr mit voller Geschwindigkeit in eine Streckenarbeitkolonne. Fünf Personen wurden von der Lokomotive überfahren, drei so schwer verletzt, daß sie bald starben, während die beiden anderen ins Krankenhaus eingeliefert wurden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Das Unglück wurde dadurch verursacht, daß der Rauch einer andern vorbeifahrenden Lokomotive die Kolonne völlig einschloß. So daß sie das Herannahen der Rangiermaschine nicht bemerkte.

Niedergerauchtes Kaufhaus. Das Kaufhaus Lubinski in Gbrna ist in der Nacht zum Freitag bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. In eine Rettung der Stoffe und des andern Inventars des Warenhauses war nicht zu denken. Der Schaden geht in die Millionen.

Einbruchdiebstahl. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigsfelde wurde in der Nacht zum 17. November ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Mittels Sauerstoffgebläses erbrachen die Diebe einen feuerfesten Schrank und entwendeten Wertgegenstände im Werte von einer halben Million.

Doppelmord an einem Ehepaar. Ein schwerer Raubmord wurde in Gbrna bei Linz im 1. Oktober. Der Landwirt Reinhold Altenburg wurde auf dem Fußboden seines Wohnzimmers erschlagen und seine Frau im Schlaf erhängt aufgehängt.

Die verführte Maus. Eine Maus verführte in Lützen die Tage ein Einwohner. Wahrscheinlich viele solcher Mager in seinem Hause beherbergend, kam es vor, daß sich eine Maus in das Bett des Schlafenden verirrt. Dieser schlief mit offenem Munde, in den die igeudwie erschreckte Maus flüchtete. Fast dem Erwachen nahe, war es dem jäh Aufgewachten nur noch möglich, einen kräftigen Schluck zu tun — ohne zu wissen, was er schluckte. Von einem Arzt verordnete Medizin half nichts, und so schritt man zum Auspumpen des Magens, der inzwischen schon Teile des Eingriffels verdaut hatte. Beim Auspumpen wurde der Rest und die vier Hüllen zutage gefördert. Der Patient, der unheimliche Magenbeschwerden überstanden hat, erkrankte sich wieder besten Wohlbefindens.

Hohenzollern, bezahlt von Frankreich.

Die große Revolution war erst drei Jahre alt, als Goethe in Mainz eintraf, um mit einer Armee einzuziehen, die republikanischen Bestrebungen und ihrer Wirkung ein Ende machen sollte. Um sich mit Karten zu versehen, suchte Goethe den älteren Stein auf, den Bruder des späteren preussischen Ministers, der sich im Kampf gegen alles Revolutionäre auszeichnete. Er war auch die allgemeine Stimmung in Mainz. Was hätte sonst preussische Heerführer Truppen und Emigranten vereinigen können, wenn nicht der Haß gegen die Revolution und die Liebe zum vorrevolutionären Frankreich? Wie das Bild auf den Straßen, so das Gespräch in den Häusern. Bei der Stein'schen Mittagstafel, an der außer Goethe mehrere Emigranten teilnahmen, unterhielt man sich über den Krieg und seinen Fortgang und hoffte auf die Verbrüderung eines Teils der französischen Truppen mit den eigenen. Grund? Haß gegen die Revolution.

Die Lösung hatte das Manifest des Herzogs von Braunschweig ausgegeben: „Die Stadt Paris und alle ihre Bewohner sind verpflichtet, sich jegliche ihrem König zu unterwerfen.“

Als Gegenrevolution. Befolgt die Pariser den Befehl nicht, so drohte er „eine beispiellose und für alle Zeiten demütigende Sache zu nehmen und die Stadt Paris einem gänzlichen Ruin preiszugeben.“ Preußen war die erste Macht, die die Revolution bekämpfte. Friedrich Wilhelm II. hatte es eiliger als Antoinettes Bruder, der österreichische Kaiser Leopold.

Eins fanden die deutschen Fürsten anders zu Frankreich, besonders die Hohenzollern. Doch jetzt? Was hatten sie von Jato-

binern zu erwarten. Sie, die vom Gelde französischer Könige gelebt hatten. Ein gewisser Bobin hat sich die Mühe gemacht, die Verträge „deutscher“ Fürsten mit den französischen Königen zu zählen. Er fand deren bis zum Jahre 1880 bereits 47.

Die Wahl eines deutschen Kaisers war für die Fürsten die Zeit des Goldregens, die Zeit der Blüte, die auf die Höhe in der Staatskasse folgte. Glücklicher der Fürst, der sie erlebte, noch glücklicher, wer sie oft erlebte. Die Stimmen der Fürsten, die den Kaiser wählen sollten, wurden gekauft. Verträge beruhten noch heute von den Summen. So erhielt der Brandenburgische von Frankreich für seine Stimme ums Jahr 1519: eine ansehnliche Summe für ihn selbst, eine französische Prinzessin und eine städtische Mitgift für den Kurfürsten. Als der Spanier aber nicht bot, verkaufte Joachim nochmals seine Stimme und verpuppelte nochmals seinen Sohn, um dann zum dritten Male Stimme und Sohn den Franzosen zu verschreiben.

Zeit franzosenfreundlicher war ein anderer Hohenzoller des 16. Jahrhunderts: Albrecht Altschwab von Brandenburg-Kulmbach. Er rief seinen Kampfgenosse Moritz von Sachsen im Kampf gegen den Kaiser die Hilfe und das Geld Frankreichs in Anspruch zu nehmen, denn „eng verknüpft sei die Aufrechterhaltung der deutschen Freiheit mit den Interessen und der Sicherheit Frankreichs.“ Ein Vertrag kam zustande, im Jahre 1552, den der König von Frankreich „als besonders werter Herr und Freund“ unterzeichnete, dessen „Vorhaben den Deutschen viel Nubes und Gutes getan haben.“ „Nez, Lou und Verdun waren der Kaufpreis für die Hilfe im Kampf, den der französische König „als Retter der deutschen Freiheit“ führen sollte, „um aus göttlicher Eingebung die Freiheit der Deutschen zu schützen, nicht seines eigenen Vorteils wegen, sondern lediglich um der Dankbarkeit der Deutschen und des eigenen Nachruhs willen.“ Der „teure Vetter Albrecht“ wird wegen seiner Vertragsstreue von Heinrich II. gelobt. „So solltet Ihr Albrecht in guter Treue sagen,“ trug er dem Bischof von Bamberg auf, „daß wir seine Standhaftigkeit, seine herrlichen tapferen Taten vor allem hochhalten und preisen, ihm dagegen auch unsere ewige Freundschaft und geneigten Willen verheißen, uns erziehend, solches jederzeit mit Gnade und Freundschaft zu erkennen.“ Es waren allerdings „herrliche“ Taten. Hunderte von Dörfern und Städten brannte Albrecht nieder, Millionen von Gulden erprekte er, so daß ein Zeitgenosse von ihm sagen kann: „Er habe gewüßelt, wie es von Türken, gefangene von Christen, zumal von Deutschen, über ihre eigene Nation niemals erhört worden ist.“ Auch nach dem Abfall seiner Kampfgenosse blieb Albrecht der französischen Fahne treu. Deutsche Dörfer und Städte ließ er dem Franzosenkönig huldigen, um ihm zu zeigen, daß die „deutsche Treue und Anhänglichkeit noch nicht ausgegoren sei.“ Als seines Bleibens in Deutschland nicht mehr sein konnte, suchte er Schutz in Frankreich.

Die Reformation im Dienste der Fürsten begann eine Zeit der Loslösung vom Reiche einzuleiten. Der 30jährige Religionskrieg vollendete diese Entwicklung. Die Schweiz und die Niederlande lösten sich los. Das Elck kam zu Frankreich. Richelieus Werk gedachte Ludwig XIV. zu vollenden und das französische Gebiet mitten im Frieden durch „Reunionen“ zu erweitern, wenn keine Armeen einer Atempause bedürften. Wiederrum war es der „Hohenzoller“, der für französischen Sold die französische Politik unterstützte. Und Ludwig XIV. wartete nicht sein Geld, wenn seine Truppen schließlich marschieren sollten. Gold ebnete ihm den Weg nach Potsdam. Gold hielt ihn frei. Vom Kammerdiener bis zum Kurfürsten. So erhielt Kormesser, der erste Kammerdiener des Kurfürsten: 2000 Livres. Fräulein Wangenheim, Ehrendame und Vertraute der Kurfürstin: 4000 Livres. Generalfeldmarschall und Minister Grumbow: 6000 Livres. Die Geheimen Räte Meinders und Ruchs: 470000 bzw. 32500 Livres. Des Kurfürsten Sohn aus der Ehe mit Dorothea, Markgraf Philipp: ein Pferd. Der Thronfolger und seine Geschwister: „verschiedene Geschenke“. Die vier Jahre in Berlin, 1680 bis 1684, kosteten Nevenac, dem französischen Gesandten insgesamt 160000 Livres für Geschenke. Die Kurfürstin bekam im März 1680 zwei Ohrgehänge und ein Gleichweide in Form einer Rose, mit Diamanten besetzt, Wert: 60000 Taler. Dorothea dankt überschwänglich und verspricht, die „vollkommene Freundschaft“ zwischen dem König und ihrem Gemahl für immer zu pflegen. Das waren die Geschenke, die neben den vertragsgemäßen französischen Geldspenden hergingen, diese selbst betrugen mehrere hunderttausend Livres.

Ludwig mußte, wofür er sein Gold hingab. Und Straßburg mußte, was ihm bevorstand. Straßburg blieb aber französischer Schönheit gegenüber taub. Sollte nun Ludwigs Wunsch erfüllt bleiben, sollte er nicht in Straßburg einziehen? So kaufte denn Ludwig Straßburg in — Potsdam. Am 30. September Einzug der französischen Truppen. Die freie Reichsstadt hat aufgehört zu sein. Am 9. Oktober trifft die Nachricht in Berlin ein. Der französische Gesandte waagt den Kurfürsten nicht sofort zu sprechen. Am 12. oder am 13. Oktober empfangt ihn aber Friedrich Wilhelm „etwas ernster als gewöhnlich“. Friedrich Wilhelm spricht anfangs vom Bruch des westfälischen Friedens, stimmt dann den Gründen zu, die Nevenac vorträgt, um schließlich „mit ja guier und heiterer Laune wie noch nie“ und unter Betreibungen seiner unauslöschlichen Freundschaft ihn zu entlassen. Auch öffentlich ehrt er Frankreichs Gesandten durch einen Degen mit Diamanten. Als man in den Zeitungen dem französischen Gesandten droht, ihn wegen Straßburg mit Steinen zu bewerfen, konnte er triumphierend ausrufen, daß „bereits der Kurfürst ihn mit Steinen bemorren habe. Es seien allerdings sehr wertvolle — Edel-

steine.“ Drei Tage nach der Nachricht vom „Raube“ Straßburgs habe er sie erhalten.“ Ludwig zeigte sich nicht unbarbar für die unvorbereiteten französisch-sächsischen Gefühle.

Rebenac bietet 1681 in Ludwigs Auftrag der Kurfürstin eine Gemaltur Tithe, Spielzeuge und Spiegel an. 1684 herrliche Toilettenwagen in Silber und Goldlaken im Werte von mehr als 100000 Livres. Diese Sendung erlitt bei Hamburgs Schiffbruch und wurde aus der Elbe wieder herangebracht. Die Bewunderung war aber nicht gering. Madame Nevenac mußte die Kurfürstin im Gebrauch der „unendlich vielen Dinge für die Toilette“ unterweisen, man konnte sie bis dahin noch nicht in Berlin. Der Kurfürst wurde sich nicht beruhigen. Im November 1683, zwei Jahre nach Straßburgs Raub, waren 160000 Livres sein außerordentliches Geschenk. Groß waren die Gegenleistungen Friedrich Wilhelms bei solchen Gelegenheiten und Geschenken. Er mußte im Kriegsfall Soldaten für Frankreich stellen, ohne die Kriegsursache unterzählen zu dürfen, also auch gegen den deutschen Kaiser konnten die Truppen verwendet werden. Nevenac berichtet von einer Unterredung mit Friedrich Wilhelm. Sie betraf den Kriegsfall mit Dänemark. Da jagte Friedrich Wilhelm: „Wenn der König Dänemark bezwingen will, erlaube ich dann auch dem Kaiser den Krieg, er „hat nur zu befehlen.“ Worauf Nevenac erwidert: „Wollen Sie, daß ich dies dem König berichte?“ Friedrich Wilhelm: „Ich bitte darum, sagen Sie ihm noch, daß ich es aus vollem Herzen lüge.“

Ludwig war mit hochholländischer brandenburgischer Hilfe an den Rhein gelangt. Er sah sich als den Nachfolger Karls des Großen an. Was lag näher als auch die ängere Fier der Macht zu erstreben, die er schon ausübte? Der Bourbonne wollte auch den Thron einnehmen, nicht nur das Zepter führen. Und Friedrich Wilhelm versprach seine Stimme Ludwig oder seinem Thronfolger oder einem anderen französischen Kandidaten.

Also innigste Freundschaft mit einem König, gegen den ein Kampf am Blake gewesen wäre. Aber Ludwig XIV. wurde nicht belächelt. Man bekämpfte das Frankreich nach 1789, das „nichts gemein haben wollte mit dem Frankreich unter Ludwig XIV.“ Der Kampf begann. Die Franzosen nahmen ihn freudig auf. Das Manifest des Braunschweigers beantworteten sie mit den feurigen Klängen der Marseillaise. In Straßburg wurde sie gebichtet und zuerst gesungen, in einer Stadt, die man für deutsch gefühlt hätte halten können. Aber das war gerade das unerwartete Ergebnis des Kampfes der Reaktion gegen die Revolution: „Das Jahr 1789 wurde das Geburtsjahr des modernen Europa“, wie Stahlin in seiner Geschichte Elsaß-Lothringens sagt. „Die 26 Revolutions- und Kriegsjahre hatten zumeist gebracht, was ein ganzes vorhergegangenes Jahrhundert nicht vermocht hätte. Das Elck ging aus ihnen verwardelt hervor. Es hatte sich nicht nur politisch nun völlig an Frankreich assimiliert, sondern, wenn auch noch unter Beherrschung seiner deutschen Sitte, einen Reichel seiner nationalen Idee vollzogen.“

Ein kleiner Gherz des Teufels.

Von K. M. Dostojewski.

Diese Geschichte fiel mir ein, als ich die Predigt des Gesängnisgefallenen hörte, und ich schrieb sie am 18. Dezember 1849 an die Mauer.

Vor dem Altar einer prächtigen Kirche, die von Gold und Silber strahlte, und durch eine Anzahl Kerzen erleuchtet war, stand, angelehnt an seinen Kleide und glänzendem Mantel ein Priester. Es war ein beleibter, würdiger Mann mit roten Waden und wohlgepflegtem Bart. Seine Stimme klang wohlklingend, in seinen Mienen war Demut. Die Erscheinung des Priesters glänzte an Glanz und üppiger Fülle der Kirche.

Die Gemeinde aber hat ein ganz anderes Bild. Sie bestand zum größten Teil aus armen Arbeitern und Bauern, alten Weibern und Bettlern. Die Kleidung der Leute war schäbig und hauchte den eigentümlichen Geruch der Armut. Die dünnen Gesichter waren von Hunger gezeichnet, die Hände zeigten die Spuren harter Arbeit. Es war ein Bild der Not und des Elends.

Der Priester verbrannte Weihrauch vor den heiligen Bildern, dann erhob er fromm und feierlich seine Stimme und predigte: „Meine geliebten Brüder in Christus!“ sagte er, „unser geliebter Herr gab euch das Leben und es ist eure Pflicht, damit zufrieden zu sein. Aber seid ihr damit zufrieden? Nein!

Ihr habt vor allem nicht genug Glauben an unseren geliebten Herrn und seine heiligen Wunder. Ihr gebt nicht so freigebig als ihr solltet der Kirche ihren Teil von eurem Verdien!“

Zweitens gehorcht ihr nicht den Obrigkeiten. Ihr widersteht euch den Mächten der Welt, dem Zaren und seinen Dienern. Ihr verachtet die Gehe.

In der Schrift aber steht geschrieben: „Gebt dem Cäsar, was des Cäsars ist und Gott, was Gottes!“ Ihr aber tut es nicht. Und wie ist, was das zu bedeuten hat? Eine Todstrafe! Wahrlich, ich sage euch, es ist der Teufel, der euch verführt, diesen Weg zu gehen! Ja, er ist es, der eure Seelen verführt und ihr wähnt, es sei euer freier Wille, der euch auf solche Art handeln lehrt.“ Aber es ist des Teufels Wille und nicht der eure. Er wohnt schon vor Begier, eure Seelen zu besitzen. Er wird vor

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden. Kopenhagen, Malmo, Landskrona, Helsingborg, Galmstad, Warbera und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Halland-Linie „Spanen“, „Welfshagen“, „Kajaben“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Lärnan“, „Lilla“, „Falken“ und „Ludwig Kolberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Lärnan“ am 21. November, Dampfer „Falken“ am 22. November, Dampfer „Spanen“ am 23. November, Dampfer „Malmö“ am 25. November. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmakler: C. F. Schüt & Co., Untertrave 12/18.

Lopenhagen. Jeden Mittwoch bzw. Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Ein Dampfer etwa 22. November. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Große Alsterfähr 6.

II. Nach Süd-Schweden. Stockholm eventl. auch Kalmar, eine bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Aktiobolag: „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Urania“ am 18. Per-

den Flammen tanzten, darin erre Seelen Todesqualen erleiden werden!

Darum warne ich euch, meine Brüder! Ich ermahne euch, den Pfad der Verdammnis zu verlassen! Noch ist es Zeit! O Gott, sei gnädig!“

Die Leute hörten diese Predigt mit Zittern. Sie glaubten an die feierlichen Worte des Priesters. Sie senkten und befruchteten sich und küßten inbrünstig den Boden. Auch der Priester freuzte sich, schrie den Leuten den Rücken — und lächelte.

Nun geschah es aber, daß der Teufel gerade an der Kirche vorüberging, als der Priester solicherart zu den Leuten sprach. Er hörte seinen Namen nennen, blieb darum vor dem offenen Fenster stehen und hörte auch zu. „Und er sah, wie die Leute des Priesters Hand küßten, sah, wie der Priester vor dem vergoldeten Bilde irgend eines Heiligen sich verneigte und das Geld, das ihm die armen Leute für die heilige Kirche gegeben hatten, eilig einsteckte. Das reizte den Teufel und er ließ dem Priester, kaum daß dieser die Kirche verlassen hatte, nach und patschte ihm bei seinem heiligen Mantel.

„Hallo, feistes Väterchen!“ rief er, „wer hielt dich denn diese armen, mitleidigen Menschen für anliegen? Was für Höllenqualen hast du ihnen geschickt? Wehst du denn nicht, daß sie die Qualen der Hölle schon in ihrem irdischen Leben erleiden? Wehst du nicht, daß du und die Obrigkeiten des Staates meine Stellvertreter auf Erden seid? Du bist es, der sie die Qualen der Hölle, mit denen du ihnen drohst, erleiden läßt! Wehst du das nicht? Nun, dann komm mit!“

Und der Teufel packte den Priester beim Kragen und hob ihn hoch in die Luft und trug ihn zu einer Fabrik, in eine Eisenwerkerei. Und der Priester sah dort die Arbeiter in der sengenden Hitze hin und her laufen und hasten und ihre schwere Arbeit verrichten.

Und dem Priester wurde die dicke, schwere Luft und die Hitze alsbald zuviel und mit Tränen in den Augen hat er den Teufel: „Laß mich fort! Laß mich fort von dieser Hölle!“

„O, mein Freund, ich muß dir noch manch anderen Ort zeigen!“

Der Teufel packte ihn aufs neue und schleppte ihn nach einem Landgut. Hier sah er die Arbeiter beim Aorndrusch. Der Staub und die Hitze waren unerträglich. Und der Arbeiter trug einen

Knüppel und schlug unbarmherzig auf jeden Los, der aus Ermüdung oder Hunger hinfiel.

Dann trug er den Priester in die Hütten, wo diese Arbeiter mit ihren Familien wohnten — schmutzige, kalte, rauchige, ubelriechende Löcher.

Der Teufel grinste. Er wies auf die Armut und das Elend, die hier zu Hause waren.

Der fromme Diener Gottes kann es kaum ertragen. Mit erhobenen Armen flehte er: „Laß mich fort von hier! Ja, ja, das ist die Hölle auf Erden!“

„Nun denn, du siehst es! Und doch versprachst du ihnen noch eine andere Hölle! Du quälst sie auch noch geistig zu Tode, da sie körperlich fast schon tot sind! Aber ich will dir noch eine Hölle zeigen — eine von den schlimmsten!“

Und er nahm den Gefangenen und zeigte ihm ein Gefängnis mit seiner stinkenden Luft und den vielen menschlichen Gestalten, die, aller Gesundheit und Kraft beraubt, nadt, abgezehrt Leiber, am Boden lagen.

„Zieh deine leibenen Kleider aus.“ sagte der Teufel zum Priester, „und tu schwere Ketten, wie sie die Unglücklichen tragen, um deine Brustschmel! Leg dich auf den kalten, schmutzigen Boden hin — und dann sprich ihnen von einer Hölle, die sie noch erwartet!“

„Nein, nein!“ antwortete der Priester. „Ich kann mir nichts Schrecklicheres denken! Ich flehe dich an, laß mich fort von hier!“

„Ja, das ist die Hölle! Es kann keine schlimmere Hölle geben als diese! Wußtest du es nicht? Wußtest du nicht, daß diese Männer und Frauen, die du mit den Bildern einer Hölle abspredrest, die sie nach diesem Leben erwartet — wußtest du nicht, daß sie schon hier, noch ehe sie sterben, recht in der Hölle sind?“

Der Priester ließ sein Haupt niederhängen. Er mußte in seiner Verwirrung nicht, wohin er blinzen sollte.

Der Teufel lächelte boshaft. „Ja, Väterchen, du bist daran, zu sagen, die Welt liebe es, getäuscht zu werden! Nun geh!“

Und er ließ ihn los.

Und der Priester schürzte seinen langen Mantel auf und lief davon, so schnell ihn seine Beine tragen wollten.

Und der Teufel sah ihm nach und lachte.

